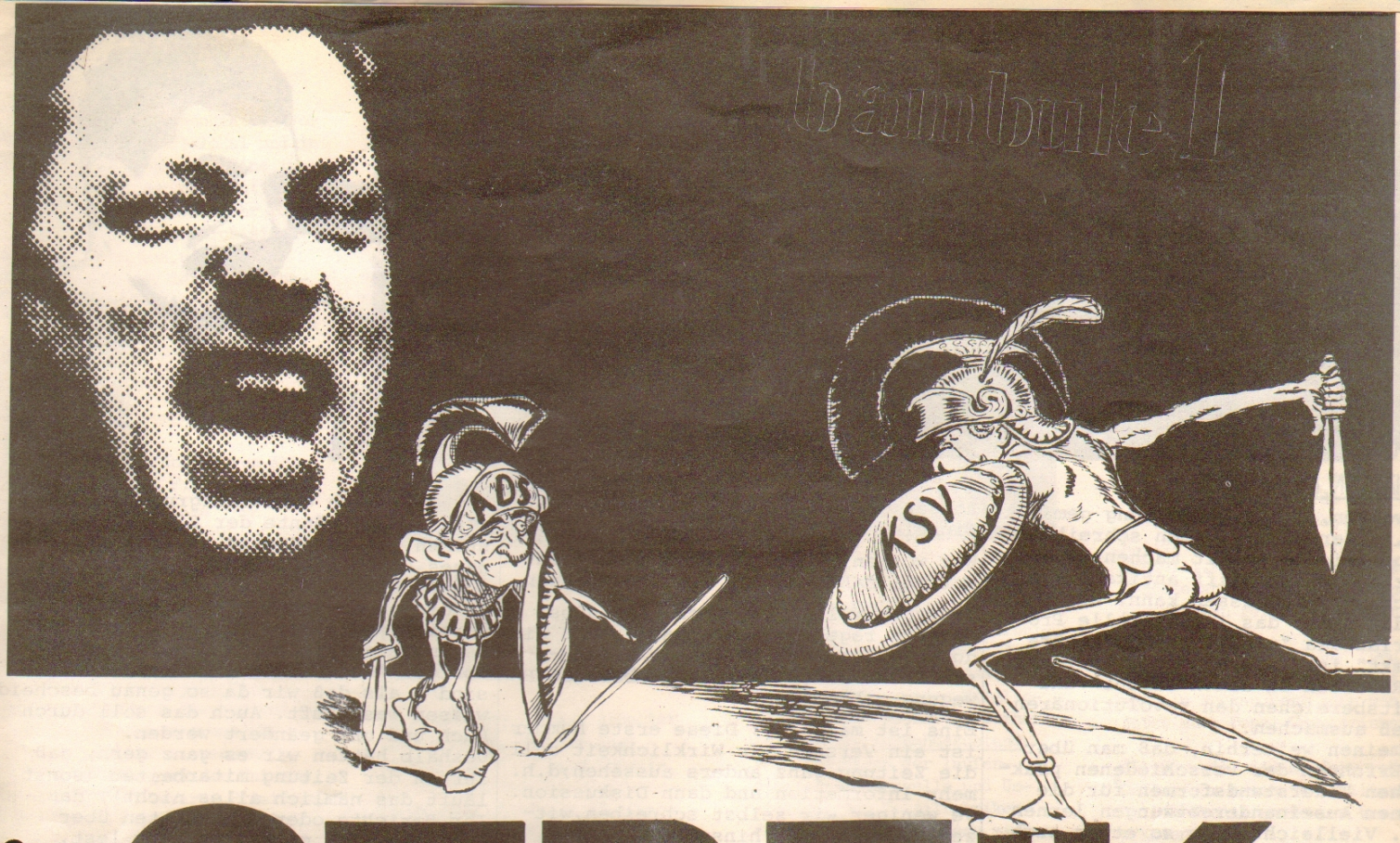


STREIK

Fest im
Rauch - Haus
Fr,Sa,So 19U r

0,60 DM

WIR HÄTTEN ES GANZ GERN...

Wir wollen, daß eine Zeitung gemacht wird, in der alle Gruppen schreiben, die politische Arbeit machen, die man unter dem Oberbegriff antikapitalistisch zusammenfassen kann. Wir meinen, daß nicht das industrielle Proletariat das "einzig revolutionäre Subjekt" ist, sondern, daß Protest und Revolten in allen Lebens- und Arbeitsbereichen den revolutionären Prozeß ausmachen.
Wir meinen weiterhin, daß man über das Erfahren der verschiedenen praktischen Widerstandsformen für die eigenen Auseinandersetzungen lernen kann. Vielleicht kann so etwas auch zu ersten eigenen politischen Schritten führen.

Wir wollen endlich selbst auch mal aktuell wissen, was außer den vier, fünf Gruppen, die es so gibt, noch an Bewegung im In- und Ausland vorhanden ist; daß man weiß, was, wann, wo, von wem los ist.

Wir wollen nicht, daß man irgendetwas liest und sagt:"Aha, so ist das", sondern wir wollen darüber diskutieren, so daß die Zeitung für Gruppen und Einzelne zum Diskussionsforum wird.

Wir wollen, daß das Lesen Spaß macht, wollen, daß man auch mal lachen kann,

Außerdem wollen wir noch, daß diese Zeitung regelmäßig erscheint, daß sie durch diese Regelmäßigkeit des Erscheinens einen Überblick über die Bewegung geben kann.

Eins ist mal klar: Diese erste Nummer ist ein Versuch. In Wirklichkeit soll die Zeitung ganz anders aussehen; d.h. mehr Information und dann Diskussion. Je weniger wir selbst schreiben, witzeln und vor uns hinseibeln müssen, desto besser. Wenn wir in ein paar Wochen immer noch so wie jetzt "Zeitung machen", dann sitzt hier letztlich doch wieder eine selektierende Avantgarde rum.

Vielleicht geht es aber auch anders, wollen sagen, so wie wir meinen, daß Zeitung gemacht wird: durch Gruppen, die Bewegung ausmachen. Es wird sich rausstellen, was Idealvorstellung und Wirklichkeit ist.

Und dann noch eins: Aufgrund der ersten Nummer könnte der Eindruck entstehen, als handle es sich um ein neues Hochschulblättchen. Jedoch der Schein trügt. Wir konzentrieren uns in dieser Ausgabe auf den Ausbildungsbereich, weil dort momentan eine Bewegung stattfindet, und wir in den übrigen "Massen nicht so verankert sind", als daß wir da so genau bescheid wissen was läuft. Auch das soll durch Euch und uns geändert werden.
Deshalb hätten wir es ganz gern, daß Ihr an der Zeitung mitarbeitet (sonst läuft das nämlich alles nicht), daß Ihr Berichte oder Nachrichten über Euch, was Ihr macht, was ihr lest, schickt, oder daß Ihr einfach zu uns kommt und mitmacht.
DIE WÜNSCHENSWERTE VEREINHEITLICHUNG DER LINKEN FINDET NICHT DURCH FLAMMENDE APPELLE, ORGANISATIONSDEBATTEN ODER ÄHNLICHES STATT, SONDERN NUR DURCH DIE PRAKTISCH-POLITISCHE TÄTIGKEIT IN ALLEN BEREICHEN UND DER DAMIT EINHERGEHENDEN KOMMUNIKATION! SIE FINDET NICHT THEORETISCH, SONDERN PRAKTISCH STATT !!!

SCHULSTREIK

Der hier vorliegende Bericht von "GABBE's Lehranstalt" wurde von einer Gruppe von GABBE-Schülern für uns gemacht. Wenngleich der aktuelle Kampf schon etwas zurückliegt, erscheint es uns wichtig, daß eine Darstellung erfolgt, da hier Formen des Protests gefunden wurden, die über das bloße Ritual hinausgehen.

GABBE - STREIK UND SEINE FOLGEN

Gabbes - Lehranstalt ist eine Schule, die auf die mittlere Reife bzw. das Abitur vorbereiten soll. Sie arbeitet nach privatkapitalistischen Bedingungen, das bedeutet in erster Linie die Erzielung von Profiten. Nicht die Qualifizierung der Schüler ist Ziel, sondern das Interesse eines Einzelnen steht obenan. Bildung wird damit zum Geschäft. Die Bedürfnisse des Kleinkapitalisten ist der Schul- und Ausbildungsordnung untergeordnet. Das bedeutet, daß er den Schülern und Lehrern diktiert, was sie zu machen haben, und hauptsächlich, wie viel sie zahlen müssen für ihr Recht auf Bildung.

Helmut Gabbe scheut sich nicht, Lehrer und Schüler, die ihm nicht in den Kram passen, fristlos zu kündigen. Auch dieses Mal versuchte der Besitzer der sogenannten Gabbes - Lehranstalten, Probleme mit dem Rausschmiss zu lösen, so bei dem Sozialwissenschaftslehrer einer 12. Klasse. Eine Schülerin hatte ein Referat als Arbeitspapier über das Betriebsverfassungsgesetz angefertig. Herr Gabbe weigerte sich, das sechsseitige Referat abzuziehen. Auf die Frage des SW - Lehrers nach dem Grund, konnte Herr Gabbe lediglich das Wort "faschistisch" anführen, das er als unwissenschaftlich, unseriös und problematisch bezeichnete. Der SW - Lehrer bestand auf seinem Recht zu entscheiden, welche Unterrichtsmaterialien in seinem Unterricht verwendet werden. Herr Gabbe zog das Referat ab, drohte aber, es einem Gutachter vorzulegen. Diese vierminüte Unterhaltung bezeichnete Herr Gabbe als Grundsatzdiskussion. Diese "Grundsatzdiskussion" genügte ihm eine Woche später, bei einem Treppenhausgespräch, als Kündigungsgrund.

Nach den achttägigen Herbstferien saßen die Schüler, wie jedes Semester, in überfüllten Klassenräumen. Klassen wurden zusammengelegt, damit der "Schulleiter" Gabbe mehr Schüler aufnehmen konnte. Von der Schulgelderhöhung abgesehen, machte er mit den Schülern unterschiedliche Verträge. Die Skala reichte von festen Verträgen bis zum Ausbildungsziel über Semesterverträge bis hin zu mündlichen Absprachen.

Die Schülermitverwaltung (SMV) stellte daraufhin folgende Forderungen an Gabbe:
- -Senkung der Klassenfrequenzen
- -Einheitliche und feste Verträge für alle Lehrer und Schüler
- -Zurücknahme der Kündigung des SW - Lehrers
- -Mitbestimmung aller Betroffenen in allen Fragen der Planung, Gestaltung und Durchführung des Unterrichts

Einem Schüler wurde gleich zu Beginn der Aktionen gekündigt. Auch diese Disziplinierung wurde von der Schülerschaft entschlossen abgelehnt, und die Frage der Wiedereinstellung rückte an die erste Stelle der Forderungen.
Da Verhandlungen mit Gabbe an dessen Uneinsichtigkeit scheiterten, wurde mit überwältigender Mehrheit ein einwöchiger aktiver Schulstreik beschlossen. Diese erste Streikwoche konnte mit Erfolg durchgeführt werden, weil ein funktionierender Gegenunterricht stattfand, der die Solidarität der Schüler untereinander stärkte. Höhepunkt dieser Woche war ein eintägiger aktiver Solidaritätsstreik des zweiten Bildungsweges, dem sich fast alle Schüler anschlossen.
In der ersten Woche ließ sich Gabbe auf keine Zugeständnisse ein, deshalb wurde der Streik um eine Woche verlängert. Der Gegenunterricht außerhalb der Schule wurde aufgegeben und sollte in unveränderter Form in der Schule wieder aufgenommen werden, d.h. Schüler sollten sich selbst unterrichten und die Lehrer auffordern untereinander und mit Gabbe zu diskutieren. Gabbe strebte eine Verschärfung des Konflikts an. Er ließ Polizei auffahren die sich vor und in der Schule postierte; sogar in die Klassenräume ließ er Polizisten abstellen, die den Unterricht überwachen sollten. Die Anrwort der Schüler war ein Sitzstreik im Treppenhaus der Schule. Die Polizei kam der Aufforderung Gabbes nach und trug ca. 300 Schüler auf die Straße. Zwei Tage später wollte die gesamte

Schülerschaft über die Weiterführung des Streikes im Schulgebäude beraten. Gabbe schloß einen großen Teil mit Hilfe der Polizei aus, was zur Folge hatte, daß die im Schulgebäude sich befindenden Schüler einen Teil des Schulgebäudes so lange besetzt halten wollten, bis alle Schüler an der Vollversammlung teilnehmen konnten. Gabbe setzte einige Hundertschaften Polizei ein, die bedingungslos von ihren Schlagstöcken Gebrauch machten. Einige Schüler wurden krankenhausreif geschlagen, die anderen erkennungsdienstlich erfaßt.

Den Forderungen der Schüler setzte Gabbe weitere Kündigungen (inzwischen sind es 42), Hausverbote, Anzeigen und Polizeieinsatz entgegen. Die Polizei erwies sich dabei wieder als Hüter der Interessen einzelner Kapitalisten und unterstützte durch Knüppeleinsatz die undemokratischen Machenschaften von Gabbe. Die richtige Einsicht der Gabbeschüler, sich weder auf Provokationen der Polizei einzulassen, noch selber Auseinandersetzungen zu provozieren, ließ sich leider nicht immer realisieren, da Gabbe und die Polizei in der zweiten Woche ohne Anlaß die Auseinandersetzungen verschärften und massiv vorgingen.

Erst jetzt schaltete sich der Senat direkt ein, obwohl er anfangs von den Schülern darum gebeten wurde. Was sich bei dem Gespräch Senat - Schüler - Gabbe ergeben hat, sieht so aus:

- Senkung der Klassenfrequenzen
- Zurücknahme der Kündigungen (bis auf eine und die des Lehrers)
- Neue Verträge für alle Gabbe - Schüler
- Ende November finden weitere Verhandlungen zwischen Senat - Schüler - Gabbe statt.

Doch was sich da so positiv anhört, erweist sich bei Prüfung der Verträge als eine erneute Steigerung der Willkürmaßnahmen Gabbes.

Senkung der Klassenfrequenzen, d.h. weniger Schüler, also weniger Profite, das bedeutet, Erhöhung des Schulleides (nach Aussagen von Gabbe).

Am Dienstag, den 21.11.72 kam beim Landgericht die Einstweilige Verfügung zweier Schüler durch. Daraufhin sind alle gekündigten Schüler berechtigt, bis zur Hauptverhandlung am Unterricht teilzunehmen.
Da jede Einstweilige Verfügung, die durchkommt, Meister GABBE 2oo.ooDM gekostet hätte, spart er 6.ooDM, da er die anderen 3o ausgesperrten Schüler ohne Verfügung am Unterricht teilnehmen lässt.

Hier im Auszug Vertrag und Hausordnung:

Der Schulleiter ist berechtigt, diesen Vertrag nach seiner Wahl fristlos oder fristgemäss (Ziffer 8) oder zum Ende des laufenden Semesters aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt beispielsvor

a)wenn der Schüler mit dem ihm obligenden Zahlungen, trotz Mahnung, ganz oder teilweise länger als einen Monat seit Fälligkeit im Rückstand ist

a)wenn der Schüler mit dem ihm obligenden Zahlungen, trotz Mahnung, ganz oder teilweise länger als einen Monat seit Fälligkeit im Rückstand ist,

b)wenn er an von der Schulleitung nicht genehmigten Versammlungen von Schülern oder sonstigen Personen im Schulgebäude oder dem sonstigen Teil des Grundstücks oder auf der Strasse vor dem Schulgrundstück oder den Nachbar-Grundstücken teilnimmt, auch wenn er nur Mitläufer ist,

c)wenn er zu Massnahmen aufruft oder sich an Massnahmen aktiv oder passiv beteiligt, durch die Mitschüler veranlasst oder gezwungen werden, an einem ordnungsgemässen Unterricht nicht teilzunehmen oder diesen zu stören oder zu verhindern, insbesondere wenn dies durch Androhung materieller oder immaterieller Nachteile geschieht,

d)wenn er den Unterricht in der eigenen oder in einer fremden Klasse stört bzw. behindert oder verhindert,

e)wenn er Lehrer, Mitschüler oder sonstige zum Schulbetrieb gehörende Personen tätlich angreift, beschimpft, verleumnet, verächtlich macht oder wenn er Eigentum der Schule zerstört oder beschädigt oder sonstige Handlungen begeht, die den ungestörten Ablauf des Unterrichts beeinträchtigen oder

f)wenn er sich sonstige erhebliche Verstösse gegen seine vertraglichen Verpflichtungen oder strafbare Handlungen zuschulden kommen lässt, oder wenn sonstige wichtige Gründe im Sinne des Gesetzes und der Rechtsprechung vorliegen.

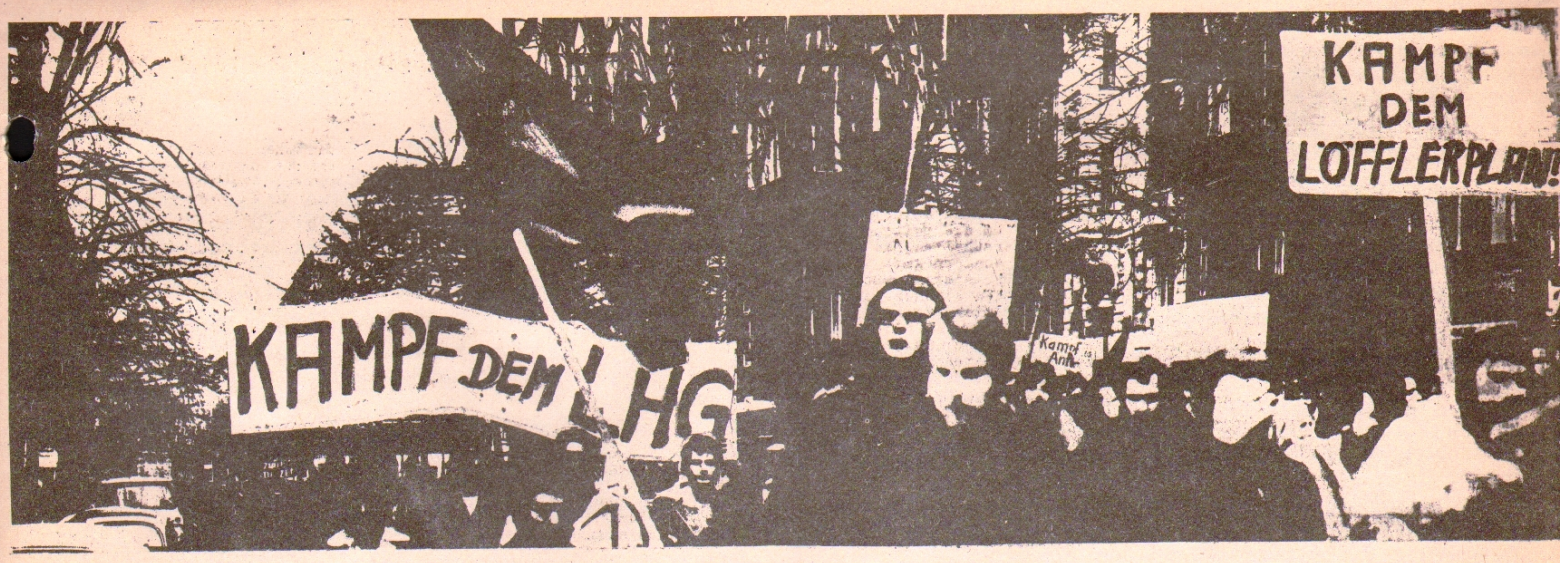
HAUSORDNUNG

4.Da die Schulleitung jedem Schüler gegenüber vertraglich ist, die Prüfungsvorbereitung nach besten Kräften zu leisten und den Unterrichtsbetrieb vor Störungen jeglicher Art zu schützen, ist im Bereich der Schule, auch im Unterricht, jede politische Agitation untersagt.

5.Das Auslegen oder Verteilen von Flugblättern und sonstigen Schriften sowie das Anschlagen von Schriftstücken, ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Schulleitung gestattet.

Das ist ein erneuter Rückfall in frühkapitalistische Methoden, die jeder Form von Demokratie Hohn sprechen.

Zynisch dazu der Kommentar des Senats: er hält die Formulierung des Vertrages für psychologisch unklug (Aussage des Senatssprechers).



STREIK AN DER FHSS

Ebenso wie der Bericht von GABBE ist der der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin (FHSS) charakteristisch für die Darstellung eines emanzipatorischen Kampfes, gab es doch hier nicht Institutionen wie Streikrat oder ähnliches. Unserer Meinung nach konnte der Kampf nur dadurch solange erfolgreich geführt werden, da Bewegung nicht an ein Gremium delegiert wurde, sondern durch permanente Diskussion innerhalb der Studentenschaft ein breiter Politisierungsprozeß stattfand.

Im April 1971 wurde mit der Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes (FHSG) durch den Senat von West-Berlin die Alice-Salomon-Akademie in die Staatl. Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik übernommen und in den Hochschulbereich eingegliedert. Dieser Schritt steht im Zusammenhang mit dem Aufbau der Gesamthochschule durch die SPD/FDP-Regierung.

Nicht nur in Berlin, sondern auch im gesamten Bundesgebiet wurden im letzten Jahr die Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen vom Status der Akademie bzw. Höheren Fachschule auf die Ebene der Fachhochschule gehoben.

Das Berliner FHSG ist deutlich am neuen Universitätsgesetz orientiert. Somit werden auch hier studentische 'Selbstorganisationen (AStA usw) nicht mehr im Gesetz verankert.

Den Studenten, die die stärkste Gruppe innerhalb der Hochschule darstellen, wurde eine paritätische Beteiligung an den Selbstverwaltungs-

gremien der einzelnen Hochschulen und Fachbereichen per Gesetz eingeräumt.

An der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) sieht diese Mitbestimmungsmöglichkeit so aus:

1. ca. 4oo Studenten
2. ca 5o Lehrbeauftragte
3. ca. 2o beamtete Hochschullehrer
4. ca. 1o andere Mitarbeiter
5. der Rektor (Eberhard)

Sie alle sind Mitglieder der FHSS, deren oberstes Entscheidungsorgan der Akademische Senat (AS) ist. Er ist wie folgt paritätisch besetzt:

§7 FHSG
Der AS besteht aus:

1. dem Rektor als Vorsitzendem
2. dem Prorektor
3. acht Vertretern der Lehrkräfte
4. sechs Vertretern der Studenten
5. zwei Vertretern der anderen Mitarbeiter

18 Mitglieder - ein Drittel davon sind Studenten

Mit der Einführung dieses Gesetzes setzten es die Studenten gegenüber dem Rektorat durch, daß in jeder Woche ein Vormittag für Vollversammlungen für alle Semester eingerichtet wurde. Hier werden regelmäßig alle anstehenden Probleme diskutiert und entschieden.

In der Vollversammlung vom 2.Nov.72 wurde von den Studenten der FHSS mit eindeutiger Mehrheit ein unbefristeter Streik beschlossen. Warum?

Für die Studenten der FHSS wurde im Laufe des letzten Jahres deutlich, daß es nicht möglich ist, ihre berechtigten Interessen besonders in Bezug auf Berufungsverfahren über die Gremien durchzusetzen. Die Praxis beweist, daß alle wesentlichen Entscheidungen gegen das Votum der Studenten gefällt werden. Uns beweist die bisherige Gremienpolitik, daß studentische Mitarbeit innerhalb dieser Gremien nur eine Alibifunktion nach außen darstellt. Um Bewerbungen nicht an der reaktionären Personalpolitik der Gremien scheitern zu lassen, entschieden sich die Studenten in einer kollektiven Abstimmung (VV vom 2.11.72) für einen fortschrittlichen Bewerber (Aich) für das Fach 'empirische Sozialforschung' und beschlossen um ihrer Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, den aktiven Streik.

Unsere Erfahrungen haben ergeben, daß Protestresolutionen und Auszug aus den Gremien, gezielte Agitation von Hochschullehrern, Unterschriftensammlungen usw. nichts erreichen konnten. Die Ausbildungssituation an der FHSS hatte sich gerade in den letzten Oktoberwochen 72 spürbar verschärft - genau wie es in fast allen Bundesländern der BRD den Studenten und Hochschullehrern deutlich wurde.

Der Beschluß der VV in den unbefristeten Streik zu treten, ergab sich also aus dieser Situation und wurde von den Studenten als einzige Möglichkeit des studentischen Kampfes gegen die verschleierte,aber gleichzeitig massive Unterdrückung von Politisierungsprozessen in der Studenten- und Dozentenschaft durch den Staatsapparat gesehen.

An der FHSS ist das Rektorat die Instanz, die politische Interessen des Senats innerhalb der Schule vertritt und durchsetzt. Dies zu verdeutlichen war ein Ziel des Streiks. Gleichzeitig sollte den Studenten deutlich werden, daß beinahe die gesamte Dozentenschaft (Beamte) der Manipulationspolitik des Rektorats unterliegt.

Um dieses erste Ziel zu erreichen, beschlossen wir mehrere Aktionen innerhalb der FHSS durchzuführen.Zwei Hochschullehrer - Konferenzen (HLK) wurden von ca.100 Studenten gesprengt, nachdem sich Rektor und mehrere Dozenten weigerten zu den studentischen Forderungen

- Rücknahme von diskriminierenden Aussagen des Rektors gegen die VV
- Anerkennung der VV
- Bereitstellung der Mittel für studentische Informationspolitik
- Einstellung eines fortschrittlichen Dozenten (Aich)

Stellung zu nehmen. Da hier die studentischen Vorwürfe und Forderungen im Raume stehen blieben, erklärten zwei Hochschullehrer ihren sofortigen Austritt aus der Konferenz und unterstützten solidarisch den Kampf der Studenten.

In dieser offensiven Weise haben unsere Studenten bisher den Kampf noch nie geführt. Für alle wurde auch bei der Sprengung der zweiten HLK deutlich, daß sich das Rektorat und die Mehrheit der Dozenten hinter formalen Argumenten versteckt und die inhaltliche Diskussion mit den Studenten verweigert, da genau an diesem Punkt ihre reaktionäre Position jedem Studenten klar wird.

Am 15.Nov. fand in der FHSS eine Anhörung von Bewerbern für die Stelle Sozialmedizin statt. Das Rektorat versuchte,gestützt auf falsche Informationen und angeblich gefasste Beschlüsse, nur Mediziner für dieses Fach anzuhören und gleichzeitig diese studentische Versammlung in seine Hand zu bekommen. Die Erfahrungen der ersten Streikwochen gaben den Studenten genug Kraft,diese Versuche 1.zu entlarven und 2.geschlossen zurückzuweisen. Die studentische Forderung,auch Soziologen für dieses Fach als Bewerber anzuhören, wurde gegen den massiven Widerstand des Rektorats durchgesetzt. Hiermit wurde eine weitere Forderung unseres Streiks durchgesetzt und gleichzeitig verdeutlicht, daß gegen die Kampfbereitschaft der Studenten die Mauschelpolitik des Rektorats keine Glaubwürdigkeit mehr hat.

Auf der entscheidenden Sitzung des Akademischen Senats am 19. 11. 72 sollte der von den Studenten geforderte Bewerber (Aich) für das Fach Empirische Sozialforschung auf die Berufungsliste gesetzt werden. Alle anderen Bewerber hatten vorher ihre Bewerbung zurückgezogen, weil sie bei der Anhörung erklärten, daß sie nicht gegen das geschlossene Veto der Studentenschaft kandidieren werden(diese Taktik wurde schon mehrmals erfolgreich angewendet). Somit blieb der von den Studenten geforderte Bewerber übrig. Die nicht studentischen Mitglieder des Akademischen Senats hatten keinen Vorschlag für die Berufungsliste eingereicht und plädierten für eine sofortige Neuausschreibung. Der einzige Bewerber(Aich) für dieses Fach wurde mit der Begründung abgelehnt, daß er in der sozialen Arbeit die politische Aktion sehe. Das war für die studentischen Vertreter ein Schlag ins Gesicht.

Als sich während der vertraulichen Beratung abzeichnete, daß die Forderungen der streikenden Studenten glatt unter den Tisch fallen sollten, wurde die parallel tagende VV informiert. 12o Studenten haben mehrere Stunden auf diese Information gewartet. Sie waren in ihrer Gesamtheit entschlossen, ihre Interessen kämpferisch durchzusetzen.
In dem Augenblick, als die Vertreter der Fachkonferenz für Sozialarbeit gerade ihre Ablehnung aus politischen Gründen zuende formuliert hatten, besetzten 12o Studenten den Akademischen Senat. stellten somit die Öffentlichkeit her und riefen im Sprechchor: "KAMPF DER POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG". Die studentischen Vertreter im Akademischen Senat schlossen sich spontan dem Sprechchor an. Alle Dozenten des Akademischen Senats wurden aufgefordert, öffentlich zu begründen, warum sie den Bewerber abgelehnt haben. Kein einziger Dozent war bereit sich dazu zu äußern. Daraufhin hielten wir den Akademischen Senat drei Stunden lang besetzt und forderten kurz vor 24.oo Uhr eine Abstimmung über den Bewerber.

Von den 18 Mitgliedern stimmten nur die sechs Studenten für diesen Berufungsvorschlag.

Diese Aktion war der erste Höhepunkt in unserem Streik und hatte die höchste politisierende Wirkung. Den gemeinsamen Kampf auch über die Grenze der Legalität hinaus auszuführen, war für jeden ein wichtiger Erfahrungswert.

An den darauffolgenden Streiktagen wurden von Senator Stein den Studenten Ordnungs- und Strafverfahren angedroht, "insbesondere gegen die Wortführer"(Stein). Zum folgenden Wochenende wurde der Lehrbeauftragte Kappeler fristlos gekündigt, weil er sich mit den Studenten solidarisiert hatte. Zwei weiteren Dozenten wurden ähnliche Maßnahmen angedroht.

In einer stürmischen VV in der folgenden Woche wurde mit einer überwiegenden Mehrheit die Fortsetzung des Streiks beschlossen und der Rektor ultimativ aufgefordert, die Kündigung gegen Kappeler zurückzunehmen.

Auffällig war, daß sich besonders die Frauen in der Diskussion und Kampfentschlossenheit hervortaten.

Wie - ob und in welcher Form der Kampf weitergeführt werden kann, wird jetzt für uns das zentrale Thema sein. Es hat sich gezeigt, daß aus der Kampfform des Streiks viele Möglichkeiten entwickelt werden können und müssen, um Bewußtseinsprozesse einzuleiten und damit herauszufinden, welche politische Wirksamkeit studentischer Kämpfe haben.

Nur die ständige Diskussion über die aktuelle Situation auf den täglichen Streikversammlungen und die Einbeziehung aller Studenten für verschiedene Aufgaben (z.B. Kontakte zu anderen Hochschulen, Öffentlichkeitsarbeit, Informationsblätter zur Streiksituation, die auch in den Berliner Bezirksämtern verteilt werden, Verfassen von Solidaritätsresolutionen für andere streikende Schulen, Zusammenschluss zu gemeinsamen, politisch notwendigen Aktionen (go in - Besetzung - juristische Gegenmaßnahmenusw.)), konnte den Streik über diese Dauer und in dieser aktiven Form ermöglichen.

Auch haben wir die Bildung eines Streikrates abgelehnt und uns auf die Kampfbereitschaft der VV und somit auf die jedes einzelnen Studenten verlassen.

Nicht zu vergessen sind schließlich die verschiedenen Solidaritätsadressen von der PH Berlin, FU Berlin Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Evangelische Fachhochschule Berlin, Fachhochschule und Universität Kiel, Uni Heidelberg, Regensburg und Bremen, die unseren Kampf beflügelten.

WIR WERDEN DEN KAMPF WEITERFÜHREN -- IN ANDERER FORM UND MIT ANDEREN MITTELN!!

HOCHSCHULSTREIK

In den ersten Oktoberwochen führte eine neue Kampagne der politischen Disziplinierung durch den SPD-Senat zu einer erheblichen Verschärfung der Situation an den Berliner Ausbildungsstätten. In Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein lief es ähnlich.

In Berlin begann es mit Kündigungen fortschrittlicher Dozenten und der Absetzung progressiver Lehrveranstaltungen an den Fachhochschulen für Sozialarbeit. Als ihre Forderung nach Wiedereinstellung der Dozenten ignoriert wurden, antworteten die Studenten mit aktiven Streikmaßnahmen(dazu Bericht der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und der Evangelischen Sozialakademie).

Parallel dazu streikten Institutionen des Zweiten Bildungswegs (ZBW), so die GABBE-Privatschule und die Paulsen-Oberschule für bessere Ausbildungsbedingungen und qualifizierte Lehrer(siehe Bericht der GABBE-Schule)

Am 2o.11. traten die Studenten des Goethe-Institus in den Streik, um ihrem Protest gegen die willkürliche Anhebung derStudiengebühren um 66% Nachdruck zu verleihen. Diese Maßnahme traf besonders die ausländischen Genossen und ihre materielle Existenzgrundlage und ist im Zusammenhang zu sehen mit den faschistischen Aktionen gegen Ausländer.

Als nächster dicker Hammer die Verschärfung der Prüfungsordnung für Lehramtskandidaten, d.h. Umänderung der bisherigen "Hochschulprüfungen" in "Laufbahnprüfungen", was mit Gesinnungsschnüffelei gleichzusetzen ist(sogenannter LÖFFLER-Plan).

Da dieser Prüfungserlaß vom Senat nicht sofort wieder rückgängig gemacht wurde, beschlossen sämtliche Abteilungen der Pädagogischen Hochschule am 2o.11. auf einer Vollversammlung(VV) den aktiven Streik(Bericht von PH-Genossen auf der nächsten Seite).

Diese wahnsinnige Löffler-Attacke traf uns alle: Eltern, Schüler, Lehrer, Studenten und Professoren. Also beschlossen folgende Fachbereiche von FU und TU den Streik

FREIE UNIVERSITÄT

Germanisten	Romanisten
Slawisten	Sportler
Erziehungswissenschaftler	Chemiker
Komparatisten	Anglisten
Ökonomen	Physiker
Politologen	Soziologen
Biologen	Mathematiker
Psychologen	Publizisten
Geographen	Mediziner

TECHNISCHE UNIVERSITÄT

Psychologen	Lehrerstudenten

Berlin:In einem Rechenschaftsbericht den FU-Präsident Kreibich am 28.11. vorlegte, hiess es u.a. "der Berichtszeitraum sei gekennzeichnet durch den Uebergang von der Strukturreform zu Ansätzen der Reform von Studium, Forschung und Lehre, von der Konfrontation zur Kooperation." Er bezweifelte, dass die Universität eine einschneidende Novellierung des Uni-Gesetzes verkraften würde Schwerpunkte seiner Arbeit sieht Kreibich in der Studien- und Prüfungsreform, der Integration der Lehrveranstal - tungen, sowie der Konsolidierung der Selbstverwaltung in den Gremien.

Göttingen:In den meisten Instituten der Göttinger Uni ist der Lehrbetrieb vollständig zusammengebrochen, da keine ausreichenden Lehrstellen zur Verfügung stehen. Streiks und Aktionen stehen unmittelbar bevor.

Hamburg:Die Parlamentsfraktion der hamburgischen SPD hat neue Grundsätze für die Prüfungsordnung vorgelegt. Vorgesehen ist ein Regelstudium, das auf sechs bis acht Semester begrenzt wird. Damit soll der "ewige Student" abgeschafft werden.

NACHRICHTEN

Berlin:Ca.40 Militante der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit stürmten das Gebäude in welchem die Koratoriumssitzung stattfinden sollte, von der sie vorher ausgeschlossen waren.(Donnerstag, den 30.11.)

Regionales Organisationskomitee: Zur Koordinierung sitzt das Komitee in seinem Büro in der Fabeckstr. 7 (Eingang Brümmerstr.) Tel.: 838 33 44. Alle Informationen über den Stand der Kämpfe an den verschiedenen Hochschulen und Instituten sind bitte an das Komitee weiterzuleiten.

Heidelberg:Am 19.11. trat Rektor Rendtorff aus Protest gegen die Politik der Reformgegner zurück.
Zum amtierenden Rektor wurde der Chemiker Ebert bestimmt. Er rief auf,"einen Schlussstrich unter den täglichen Terror zu ziehen."

Hausverbot wurde gegen streikende Studenten der juristischen Fakultät und der Neurologie ausgesprochen. In der Jur-Fak wurden letzten Donnerstag "versuchsweise" die Veranstaltungen wieder aufgenommen. Sie brachen am Freitag allerdings wieder zusammen, als etwa 70 Studenten das Seminar besetzten.Es wird vom Rektorat erwogen, jetzt auch Polizei auf den Campus zu holen.

Von Kultusminister Hahn(CDU) wurde die Berufung des Politologen Beyne aus politischen Gründen abgelehnt. Hahn gab zur Begründung an, die Berufung des Politologen würde zu weiteren Kämpfen an der Uni Heidelberg führen.

Kiel:Die Bespitzelung von Lehrern durch den Verfassungsschutz befürchtet der SPD-Oppositionsführer in Kiel, Steffen. Er fordert die Einrichtung eines fünfköpfigen Parlamentsausschusses, der seinerseits die Ueberwacher überwacht.

Frankfurt:Die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat die Vorbereitungen für einen Studienreformkongress gestoppt, da der Kongress zusammen mit dem VDS und dem Bund Demokratischer Wissenschaftler vorbereitet werden sollte. Wie es hiess, wolle man warten,"bis der DGB eine konzeptionelle Basis erarbeitet habe."

Wiesbaden:Einstimmig verabschiedet wurde ein Gesetz zur Finanzierung von Ersatzschulen. Danach soll die finanzielle Unterstützung "pädagogisch wertvoller Privatschulen seitens des Landes" sichergestellt werden.

Kiel:Am Montag den 27.11.hat der Rektor der Kieler Uni Hattenhauer zwei Studenten ins Gesicht und einem die Brille vom Kopf geschlagen. Dabei ist Hattenhauer dann hingefallen.Dies ereignete sich als ca.50 Genossen das Rektorat besetzten, um ihn zum Widerruf von Hausfiedensbruchanzeigen aufzufordern.
Der Streik in Kiel ist zur Zeit niedergelegt, der "ordentliche Lehrbetrieb" jedoch noch nicht wieder voll aufgenommen. Der Streik hatte am 25.10. an der Fachhochschule für Sozialwesen wegen der vom Kultusministerium erlassenen Prüfungsordnung begonnen. Die Kieler Uni hatte sich dem Streik angeschlossen. Am Donnerstag den 30.11.fand eine Demonstration zum Kieler Kultusministerium statt, an der sich 11 000 Oberschüler,Studenten der Fachhochschulen und der Universität beteiligten.

Nord-Rhein-Westfalen:Seit Montag, den 27.11.befinden sich in NRW alle Fachhochschulen im einwöchigen Warnstreik. Damit soll gegen die geplante Prüfungsordnung vorgegangen werden,die 1) die Einführung einer Zwischenprüfung, 2)festgelegten Leistungsnachweis, 3)Abschlussprüfung mit Examensnachweis und mündlicher Prüfung in vier Fächern, vorsieht.

Frankfurt:An der Uni Frankfurt löste ein geplanter Numerus Clausus in fast allen Fächern starken Protest aus. Eine Notwendigkeit des totalen N.C.wurde allerdings vom Kultusminister Friedeburg abgelehnt:"Da ein Ansteigen der Studentenzahl nicht zu erwarten ist, ergibt sich kein Grund für die Verhängung eines Aufnahmestopps."

Barcelona:Mit Gewalt auseinandergetrieben wurde eine Solidaritätsdemonstration von etwa 1000 Studenten für drei streikende Professoren, deren Gehälter nicht ausgezahlt worden waren.

Berlin:Aus Solidarität mit den gegen die Aenderung der Staatsexamensprüfung für Lehrer stre streikenden Studenten beschloss der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der FU einen befristeten Streik.

Der Rektor der PH Berlin,Heistermann, forderte die Studenten auf, den Streik abzubrechen und wieder in die Lehrveranstaltungen zu gehen.

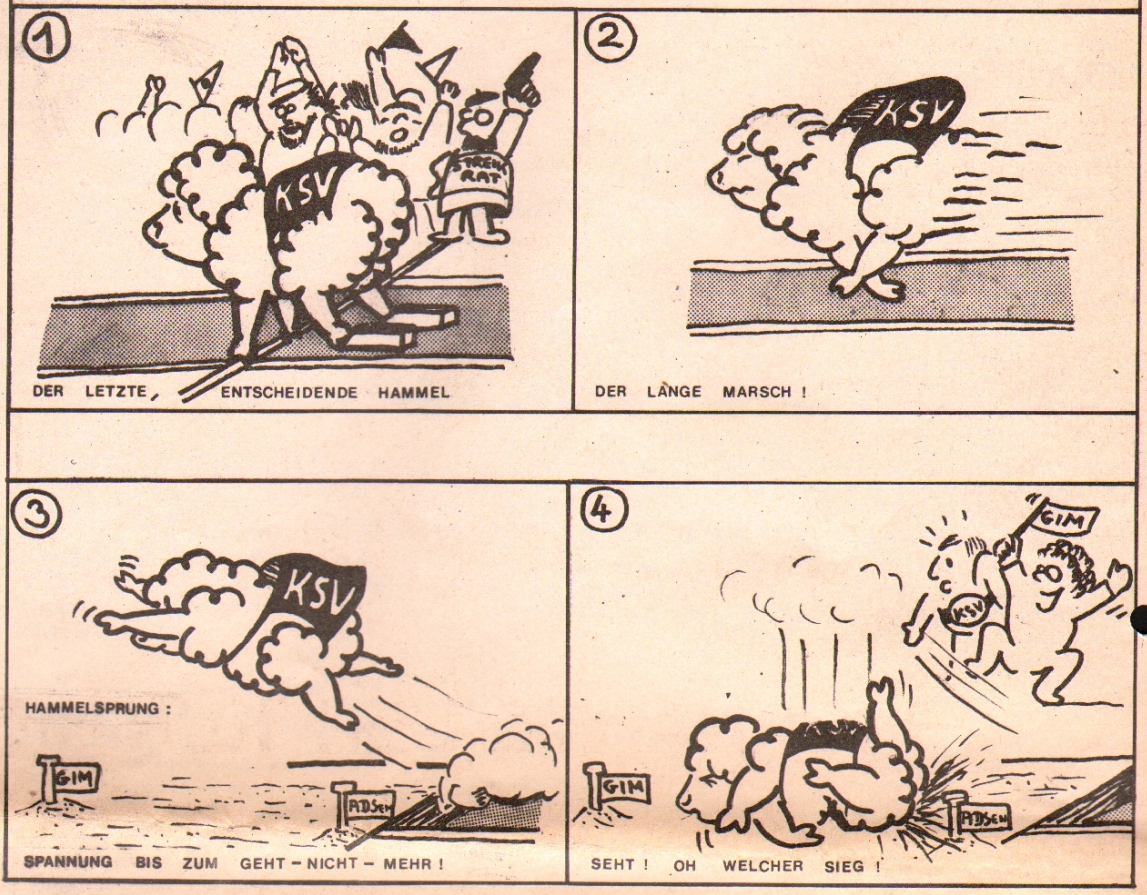
Nach einem Treffen mit den Präsidenten von FU und TU sowie dem Rektor der PH kündigte Schulsenator Löffler an, dass "sämtlichen Hochschullehrern, die in schulrelevanten Fächern lehren, der Zugang zur Prüfertätigkeit gewähren wird. Ob damit auch Teilnahme an der mündlichen Prüfung garantiert wird, blieb unklar.Am Ausbau des wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes durch hauptamtliche Prüfer wird weiter festgehalten.

Sofortigen Abbruch des Streiks sowie Disziplinarmassnahmen gegen Hochschullehrer und Ueberprüfung der Stipendienvergabe forderte am 1.12.72 die die Berliner CDU.
Der TU sind durch Europa-Center Bauer Karl Pepper sechs Etagen in einem ihm gehörenden Haus am Ernst-Reuter-Platz fristlos gekündigt worden.Als Gründe nannte Pepper "Plakate und Parolen kämpferischen Inhalts",Grossbuchstaben in den Fenstern des Gebäudes und die zunehmende Verwahrlosung der Räume. Daraufhin seien bereits unterschriebene Mietverträge rückgängig gemacht worden.

BERICHT DER FU VOLLVERSAMMLUNG VOM 28.11.72

Nachdem der Feind erkannt, die Kampfform diskutiert und ein paar Stunden nach "Nord-Ost" gegangen waren (es kann auch ins Land gewesen sein), erschöpfte man die vorhandenen Energien vollends durch Abstimmung dreier Resolutionen (AD,GIM,KSV). Den Höhepunkt des Fu-Streiks stellte sicherlich die letzte Abstimmung dar, bei der die anwesenden Studenten ihr Votum mittels durchschreiten vorher bestimmter Türen kundtaten.

Es geht voran: DIE BEWEGUNG VERKOMMT ZUM HAMMELSPRUNG !!



HOCHSCHULE FU

Bevor der Streik an der PH und der FU begann, waren wir uns ziemlich sicher, daß es beim Kampf um unsere Interessen nur einen Feind geben kann -- den politischen Senat mit seinen Vertretern als da sind: Stein, Löffler, Ristock, Hübner, Neubauer, Schütz usw. und den Hochschulmarionetten Kreibich(FU), Wittkowsky(TU), Heistermann(PH), Eberhard(FHSS), Weber(Ev.Soz.Aka.) Gabbe(GABBE's) usw.

Nach einer Streikwoche aber nun hat sich nicht etwa Solidarität unter den Streikenden entwickelt, sind nicht etwa gemeinsame Kampfformen gegen den genannten Feind gefunden worden, oh nein, der Feinde sind mehr geworden, nun kämpfen gegeneinander:
GIM -- KSV, KSV -- AD, AD --GIM
KPD/ML -- GIM, KSV -- KPD/ML
SSKSoz -- AD und das Ganze wieder umgekehrt.

Dazwischen irren die Kommilitonen und die Schüler umher und suchen nach Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen. Doch riskiert ein Nichtorganisierter mal, das vorher abgesprochene Ritual der Monologe und Selbstbespiegelungen zu stören, wird er aufs Gemeinste diffamiert und angemotzt.

"Hoch die internationale Solidarität!"

Wir haben begriffen, es ist nicht damit zu rechnen, daß diese "Genossen" jemals das Klettergerüst ihrer abstrakten Begriffe verlassen und ihren theoretischen Informationsvorsprung zur sachlichen Aufklärung aller Studenten verwenden werden. Solidarische Aktion, jawohl Aktion, ist nur dort möglich, wo die verschiedensten Organisationen in ein kleines Kämmerchen abgeschoben werden, um sich gegenseitig in den Arsch zu ficken, z.B. an der TU:

Maßnahmen des Aktiven Streiks sind
- eine Versammlung der Examenskandidaten und Philosophikumskandidaten einzuberufen. Die Vollversammlung fordert diese Versammlung auf, daß sich kein Kandidat zur Prüfung meldet und daß trotzdem nach dem Löffler-Plan stattfindende Prüfungen mit der Unterstützung der Vollversammlung verhindert bzw. gesprengt werden.

Wir unterstützen eine weitere einheitliche Koordination des Streiks durch das Regionale Organisationskommitee unter Zurückstellung ideologischer Divergenzen.

FHSS: go-in im Akademischen Senat, Kampf um die Berufung eines Dozenten; Evangelische Sozialakademie: militante Aktion zwecks Störung der Kuratoriumssitzung; Kampf der Genossen bei GABBE.

Wenn die Genossen von den einzig "richtigen Parteien" sich dann hinstellen und sagen,daß diese militanten Aktionen "heldenhaft,verantwortungslos geplant" waren, die scheitern mußten, dann scheiterten sie aber nur daran, daß für Parteiflipper Solidarität mit der abstrakten Parteilinie wichtiger ist, als mit konkret kämpfenden Genossen.

An der FU wird aber auch gekämpft, und zwar weiterhin gegeneinander. Das ist dann so richtige dufte Bewußtwerdung, das nennen wir einen emanzipatorischen Prozeß. Warum schlägt keiner dieser Parteiflipper mal ein Streikfest vor , um die ganze Bürokratie ad absurdum zu führen? Besser, man schlägt sich gegenseitig die Köpfe ein und verhöhnt die Studenten, indem man Vollversammlungs-Beschlüsse als für die eigene Fraktion unverbindlich erklärt.

An diesen Genossen wird die Bewegung vorbeigehen müssen, das walte Monopolkapital und revolutionäre Arbeiterklasse.
Da Löffler mit Studentendelegierten nicht verhandelt hat, da er auch nicht zur Podiumsdiskussion mit Schülern des zweiten Bildungswegs erschienen ist, den Aufforderungen der PH,TU,FU sich den Studenten zur Diskussion zu stellen nicht entsprochen hat, sollten alle die so Verarschten ihn mal gemeinsam aufsuchen und sagen was Sache ist.Wenn 15 000 Genossen so ihre Interessen vertreten wird es Erfolge geben.

DAS RAUCHHAUS IST KEIN 'PROJEKT' DES SENATS.

UNSERE FORDERUNGEN:

KEINE KONTROLLE.

NEUE VERHANDLUNGEN.

RÜCKNAHME DER KÜNDIGUNG.

SELBSTVERWALTETE HÄUSER

FÜR ALLE JUGENDLICHEN.

DEMON-

FREITAG 8. DEZ. 17.30 UHR ORANIENPLATZ

STRATION

Sehr verehrte Familie von Rauch!
Liebe Gemeinde!...

Es ist uns klar, daß wir in einer besonderen Situation stehen, in einer fast absurden Situation. Mir ist das deutlich geworden, als ich in der herkömmlichen Weise nach einem Bibelwort suchte, das ich über diese Stunde stellen könnte - und keines fand, das Eurem Sohn, seinem Leben und seinem Tode und unserer Situation hier gerecht würde. Ich habe mir nicht träumen lassen, als ich vor 20 Jahren anfing mit meinem Beruf, daß ich einmal am Sarge stehen würde, um die Ehre eines Menschen zu verteidigen, der in den Zeitungen - in einer unglaublich leichtfertigen Weise - als Verbrecher und Bandenmitglied bezeichnet wird. Ich kann sonst mit dem Wort "Ehre" überhaupt nichts mehr anfangen. Aber da, wo sie einem anderen genommen wird, da weiß ich, was sie ist.

Ein Neudenken hat eingesetzt, ein von der Wurzel her Neudenken, ein Erkennen, daß Gerechtigkeit nur dann Gerechtigkeit ist, wenn sie bereit ist, für das Recht des anderen einzutreten - notfalls auch gegen das Gesetz. "Von der Wurzel her" heißt im Lateinischen "radikal", und wir müssen einfach begreifen, daß Georg von Rauch und seine Freunde versucht haben, von der Wurzel her neu zu denken und daran zu arbeiten, daß es besser werde in dieser Welt, daß es ihnen nicht genug war mit oberflächlichen Reformen und hier und da ein paar Verbesserungen, sondern, daß es ihnen um eine neue Ethik ging, daß diese Männer und Frauen und jungen Leute mit einer ganz neuen Moral angetreten sind.

Es ist uns Älteren und Alten so furchtbar schwer geworden, und es wird uns auch heute zum Teil noch schwer zu verstehen, daß man aus einer Ethik und Moral heraus mit dem Gesetz in Koflikt geraten und schuldig werden kann. Ich meine, hier reicht nicht mehr die Chiffre aus, die sonst vielleicht noch ausgereicht hat: Michael Kohlhaas; denn es geht hier nicht um das Recht im einzelnen Fall und für sich selbst, sondern um das absolute Recht für alle.

Es ist einfach albern leichtfertig und höhnisch, wenn immer wieder gesagt und geschrieben wird: "Georg v. Rauch - ausgerechnet ein Professorensohn; Gudrun Ensslin - ausgerechnet eine Pastorentochter; Ulrike Meinhof - ausgerechnet eine so hoch intelligente Frau". Ja, gerade weil sie mit einer dynamischen Intelligenz begabt sind, weil sie erzogen worden sind zu einem unbestechlichen Rechtsdenken, sind sie auf den Weg der kompromißlosen Konsequenz gekommen, an dessen wir für Georg v. Rauch hier stehen. In die Konsequenz ihres Weges war der Tod miteinbeschlossen.

Wir wissen, daß diesen Menschen auf der Suche nach dem Recht Unrecht geschehen ist - großes Unrecht. Es ist Georg von Rauch bei seiner Gerichtsverhandlung im Juli versagt worden, es laut zu sagen und anzuprangern, was ihm an Unrecht geschehen ist im Untersuchungsgefängnis in Moabit - mit einer Handbewegung, mit formaljuristischen Gründen vom Tisch gefegt. Diese Anklage hat er nicht mehr vorbringen dürfen.

Als ich heute morgen in der Zeitumg las, daß ein vermutliches Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe im Untersuchungsgefängnis aus Protest gegen die dortige Behandlung in den Hungerstreik getreten ist, da wußte ich aus dem Erleben Georg von Rauchs, was das bedeutet. Das heißt: verschärfter Arrest in einer Fast-Dunkelzelle, in der man kein Fenster hat, in der man kaum lesen kann (als einziges Buch ist die Bibel erlaubt), Wasser und Brot sind nicht sprichwörtlich, sondern Tatsache - keine halbe Stunde Bewegungsfreiheit im Gefängnishof - wenn man dagegen protestiert, wie Georg von Rauch es tat, dann ist Strafverlängerung in dieser Arrestzelle die Antwort.

Ich habe es nicht geglaubt, aber jetzt weiß ich es: Auch in Gefängnissen der Bundesrepublik geschehen Gewalttaten an politischen Gefangenen, die wir so nst nur aus anderen Ländern kennen.

Als ich vor Jahren den Psalm eines Mittelameriakners laß, der politisch verfolgt und im dortigen KZ gewesen war, da dachte ich: Mittelamerika ist weit und Südamerika, auch Griechenland ist weit weg und das Nazireich ist vergangen. Aber jetzt weiß ich, daß dieser Psalm - es ist der 22. Psalm - auch die Klage von Häftlingen in Gefängnissen der Bundesrepublik sein kann....

Wir können uns nicht mehr damit entschuldigen, daß wir das alles nicht gewußt hätten:
Wir haben alle miterlebt, wie die Untersuchungsgefangene Magrit Schiller gegen ihrer Willen an Händen und Haaren vor die Kamera gezerrt wurde - nicht etwa für ein Polizeifoto, sondern für ein geiles, lüsternes, millionenfaches Fernsehpublikum. Wir haben uns vielleicht innerlich empört, aber wir haben geschwiegen!

Wir haben miterlebt, daß Kurras zur Hauptverhandlung und zu seinem Freispruch im Jägeranzug erschien - "Schütze im Jägeranzug" - Gedankenlosigkeit oder Zufall? Wir haben am vergangenen Sonnanbendmorgen in den Zeitungen gelesen, daß die Berliner Polizei mit 3 000 Mann zur "Jagd" angetreten sei. Als dann aber abends die "Jagd" beendet war, da hat kein einziger daran gedacht, die Angehörigen vom Tode Georg von Rauchs zu benachrichtigen. Das überließ man der Tagesschau. Gedankenlosigkeit oder Sadismus?

Liebe Gemeinde, wir können und wollen nicht behaupten, daß Georg von Rauch und seine Freunde immer das richtige getan haben. Aber wir dürfen und wollen genausowenig verschweigen, daß sie das Recht gewollt haben. Ich kann mich mit Georg von Rauch und seinen Freunden nicht identifizieren - eine solche plumpe Anbiederung würden sie sich auch mit Recht verbitten.
Aber ich solidarisiere mich mit ihnen! Denn unser Ziel ist das gleiche: das Recht
Recht des anderen und damit eine bessere und gerechtere Welt. Hier treffen sich Marxismus und Christentum.

Grabrede Pastor Christiansen aus

ROTE HILFE Info 15

4.12.71

GEORG

DIESMAL WERDEN WIR ES VERHINDERN

31.1.72 **RAUCHHAUS**

ANGEBLICHER RAUSSCHMISSTERMIN !!!

STREIKBERICHT VON DER EVANGELISCHEN FACHHOCHSCHULE FÜR SOZIALARBEIT , BERLIN (EFHS)

Da die Genossen EFHS mit die Ersten waren, die von den neuen scharfen Spielregeln des Senats betroffen wurden, und nicht mitspielen wollten, sondern sofort den aktiven Streik beschlossen, folgt hier ihr Bericht.

Am 19.10.72 beschloß die Studentenschaft der FHSS mit überwiegender Mehrheit (11Gegenstimmen) in einen unbefristeten Streik zu treten. Wodurch wurden wir zu diesem Schritt gezwungen?

Als im Dezember 71 die Ev.Akademie den Status der Fachhochschule bekam, stellten sich,anhand der ohne Mitwirkung der Studenten entstandenen, Verfassung wesentliche Verschärfungen gegenüber dem staatlichen FHS-Gesetz heraus (z.B. Nicht-Abwählbarkeit des Rektors, Nicht-Öffentlichkeit der Gremien, stärkere Disziplinierungsmöglichkeiten durch Ordnungsrecht etc.)

Rektor Weber, in seiner Funktion als Handlanger des Kapitals, benutzte die von ihm selbst geschaffene Verfassung zur Entfaltung eines Herrschaftsmonopols, das er gegen fortschrittliche Studenten und Dozenten anwendete. Diese Verfassung ermöglichte es ihm auch, mit eindeutig politischer Motivation in die Ausbildung selbst einzugreifen und Lehr- und Lernfreiheit weitgehenst zugunsten einer Verbürokratisierung der Ausbildung abzuschaffen.

Deshalb bemühten sich von Anfang an die Studenten und Teile der Dozenten um eine Angleichung an das selbst noch reaktionäre FHS-gesetz, was für uns ein erster Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Fachhochschule für Sozialarbeit darstellen würde.
Die in den Ferien und ohne Rücksprache mit Studenten und Dozenten erfolgte Kündigung des fachlich qualifizierten Dozenten M.Nowicki brachte das Faß zum Überlaufen. Eine derart offene politische Disziplinierung entlarvte die Forderung des Rektorats an die Studenten, an der Ausbildung und in den Gremien mitzuarbeiten, als pseudodemokratisches Scheinmanöver.
Durch diese Vorfälle sahen wir uns gezwungen,zu unserem schärfsten Mittel, dem unbefristeten Streik zu greifen, um damit die Öffentlichkeit auf unsere legitimen Forderungen aufmerksam zu machen.

Wir stellten dem Trägerorgan der EFHS ,dem Kuratorium, ein siebentägiges Ultimatum, das in allen Punkten abgelehnt wurde.

Unsere Minimalforderungen, zu deren Durchsetzung wir in den Streik getreten sind, lauteten:
1. Abwahlmöglichkeit des Rektors
2. Öffentlichkeit in den offiziellen Selbstverwaltungsorganen
3. Mitbestimmung bei Personalentscheidungen
4. Anerkennung der studentischen Selbstverwaltung
5. Wiedereinstellung von M.Nowicki

Daß die Situation an der EFHS nicht isoliert zu betrachten ist, sondern als Ausdruck einer allgemeinen Verschärfung der politischen Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte gewertet werden muß, zeigen die verstärkten Eingriffe, der immer offener agierenden Reaktion in die Ausbildung, insbesondere im Sozialisationsbereich.

Am deutlichsten werden diese Machenschaften innerhalb der Personalpolitik, deren Unterdrückungsfunktion seit den Hamburger Erlassen legitimiert ist. In zunehmendem Maße werden Sozialisten und Kommunisten aus dem Ausbildungsbereich herauskatapultiert und durch reaktionäre Dozenten ersetzt, die gegen das Votum bzw. ohne Anhörung der Studentenschaft zu Discount-Professoren ernannt werden.(An der EFHS wurden in den Ferien 71 zehn Dozenten gegen das Votum der Studentenschaft eingestellt, die mit Fachhochschul-Werdung zu Professoren ernannt wurden)

Damit gehen einher die Aufhebung der Lehrfreiheit und der Entzug des Prüfungsrechts für linke Dozenten. Studenten werden gezwungen reaktionäre Lehrveranstaltungen zu besuchen, um die geforderten Leistungsnachweise erbringen zu können. Die Wahlmöglichkeit wird darüber hinaus noch durch die Teilnahmebeschränkung der Seminare eingeschränkt.Reaktionären und fachlich unqualifizierten Dozenten soll damit eine Pflichthörerschaft garantiert werden.

Der Kampf der Studenten gegen diese Disziplinierungen soll durch verstärkten Leistungsterror und künstlich entfachte Prüfungshysterie verhindert werden. Dies äußert sich konkret durch:
a) den Zwang zur schriftlichen Einzelleistung in jedem Fach
b) das verschärfte Schein- und Klausurwesen
c) durch den Numerus Clausus besteht für den FHS-Schüler der Zwang zu einem bestimmten Zensurendurchschnitt
d) die geplante Einführung eines Studienjahres an den Universitäten und Fachhochschulen und die damit verbundene Verkürzung und Verschulung der Ausbildung.

Durch diese Unterdrückungsmaßnahmen soll eine Konkurrenzsituation unter den Studenten aufgebaut werden, von der man sich einen Entpolitisierungsprozeß verspricht.

Diese genannten Eingriffe müssen im Zusammenhang mit der Funktion der kapitalistischen Ausbildung gesehen werden. Einerseits werden unmittelbar fortschrittliche Studenten und Dozenten diszipliniert, andererseits zielen diese Maßnahmen auf eine Befriedungspolitik hin, die eine weitere Entfaltung der Klassenkämpfe des Proletariats verhindern soll.

Diese Tendenz hat für die Ausbildung zweierlei Konsequenzen: Einmal bedingen stärkere gesellschaftliche Anforderungen uns Systemkrisen eine intensivere Ausbildung, ein Problem das man durch die Anhebung des Status und dem Schrei nach Qualifizierung zu lösen hofft. Zum anderen müssen die Funktionsträger staatlicher Gewalt, da sie sich im Zuge des erstarkenden Widerstandes nicht einmal ihrer eigenen, von ihnen selbst ausgebildeten Helfer sicher sein können die Einschränkung der politischen Betätigungsmöglichkeiten in den Ausbildungsstätten durchsetzen.

Westberliner Buchladen Kollektive (WBK)

keine privaten profite

Buchladenkollektiv GmbH
1 Westberlin 12
Savignyplatz 5
tel. (0311) 313 99 83

Commune GmbH
1 Westberlin 45
Unter den Eichen 84c
tel. (0311) 832 83 15

Das Politische Buch
1 Westberlin 15
Lietzenburger Str. 99
tel. (0311) 883 25 53

unterstützung des antiimperialistischen kampfes

Mi. 6.12.72 STREIK-GROSSVERANSTALTING TU 19''
DO.7. TEACH-IN G.V.RAUCHAUS TU 20''
FR.8. " DEMO. 17''Oranienplatz
SA.9. STREIK-DEMO. 15'' Kottbusser Tor

Sozialistisches Jahrbuch 4
Gegen die **Psychiatrie.** – Kuba: **Heberto Padilla,** ein Fall. – Jacques Valier, **Kuba 1968–71.** – Fred Halliday, Der Aufstand in **Ceylon.** – Interview mit **Bernadette Devlin.** – **Klaus Hartung,** der Prozeß gegen Dieter Kunzelmann. – **Regis Debray,** Was wir von den Tupamaros lernen können.
Herausg. von **Wolfgang Dreßen.**
ROTBUCH 41. 192 Seiten. DM 6,50

Ch. Bettelheim / M.-A. Macciocchi u. a.
China 1972
Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution
Anhand von Dokumenten, Interviews und Protokollen aus dem heutigen China wird das Funktionieren der chinesischen Massendemokratie, der Alltag in Betrieb und Schule dargestellt.
ROTBUCH 42. 160 Seiten. DM 6,50

M. Foucault / A. Geismar / A. Glucksmann u. a.
Neuer Faschismus, Neue Demokratie
Über die Legalität des Faschismus im Rechtsstaat
Der alte und der neue Faschismus. – Gaullismus und Revisionismus. – Über Volksjustiz. Eine Diskussion. – Gewerkschaften und Kampfkomitees.
ROTBUCH 43. 160 Seiten. DM 6,50

Arno Münster
Chile – friedlicher Weg?
Historischer Bericht und politische Analyse
Der Bericht liefert historische und gegenwärtige Materialien gegen zu schnelle Antworten auf die Frage, ob die Revolution in Chile friedlich verwirklicht wird oder ob die bewaffnete Auseinandersetzung noch aussteht.
ROTBUCH 44. 160 Seiten. DM 6,50

Pino Ferraris
Die 100 Tage von Reggio
Bericht über einen Aufstand in Süditalien
Ferraris zeigt – wie Marx am Beispiel der Pariser Kommune – die konkreten Ursachen der Revolte in Reggio: den Musterfall eines Aufstandes, demgegenüber die Linke nicht einmal Begriffe entwickeln konnte und der so von den Faschisten übernommen wurde.
ROTBUCH 35. 112 Seiten. DM 4,50

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

ZU UNSEREM STREIK

Vollversammlung am 19.10.:Wahl des Streikrats (SR) mit 23 Mitgliedern, die die Aufgabe hatten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Organisation des Gegenunterrichts
- Einschätzung der Streikbewegung
- Einberufung und Vorbereitung weiterer VVs

Der SR traf sich täglich und öffentlich, in denen die Studenten die verschiedenen Aufgaben übernahmen. Es wurden Kontakte zur PH und zur FHSS aufgenommen, die sich solidarisch erklärten. Es gab gemeinsame VVs,jedoch keine gemeinsamen Aktionen.

30.10. VV-Beschluß: Go-in bei der Kirchenleitung um Druck auszuüben. Mit dem Hinweis auf zuständige Gremien entzog sich Bischof Scharff jedoch unserem Diskussionswillen.

Die FHSS beschloß einen Solidaritätsstreik, der zum unbefristeten Streik führte.

Die bürgerliche Presse weigerte sich, diese Streiks als Beginn einer riesigen Streikbewegung gegen politische Unterdrückung im Ausbildungsbereich zu begreifen.

Da dem 6. Semester Prüfungen bevorstanden,wurde zusammen mit liberalen Dozenten Prüfungsvorbereitungen veranstalltet.

Streikprobleme

1. Streikbrecher und Aufrechterhaltung des Lehrangebots seitens der Dozenten. Von militanten Trupps wurden diese Veranstaltungen gesprengt; sie fanden dann privat statt und in für alle streikenden Studenten gesperrtem Kuratoriumsgebäude.
2. Androhungen die Studienplätze zu streichen, Hinweise auf die Pflichtscheine, Ordnungsstrafen waren konkrete Probleme. Der Rektor bot den Streikbrechern Polizeischutz an, wovor unsere christlich-reaktionären Studenten jedoch zurückschreckten.
3. Die anfallende Arbeit wurde von zuwenigen Streikenden geleistet.

Positive Streikergebnisse

a) Die Dauer des Streiks von zweieinhalb Wochen trotz mangelnder Streikerfahrungen.
b) Die Solidarität und Kommunikation der Studenten aus den verschiedenen Semestern; die Vereinzelung wurde aufgehoben, es gab gemeinsame Lernprozesse und den eigenen Bedürfnissen entsprechende Lehrinhalte.
c) Die ansatzweise vorhandene Selbstorganisation liess neue Verkahrs- und Verhaltensformen praktisch werden, was nur durch die fehlenden "politischen Organisationen"möglich war.

Aufgaben der Selbstorganisation:
- Einrichtung von Arbeitsgruppen auch nach dem Streik
- regelmäßig erscheinendes Info
- Kontrolle der studentischen Vertretern in den Gremien
- Zusammenarbeit mit anderen Ausbildungsstätten.

Der Ausbau dieser Selbstorganisation ist nun die wichtigste Aufgabe, damit der Prozeß weitergeht und wir lernen unsere Interessen selber zu vertreten.

Überregionale Zusammenarbeit:
Zum ersten Mal gab es bei uns eine VV aller zum Sozialisationsbereich gehörender Institute. Auch weiterhin wollen wir bemeinsame Aktionsräte bilden, um die Anonymität der einzelnen Ausbildungsstätten zu durchbrechen.

BERICHT VON PH GENOSSEN

Der Versuch des Senats, in der letzen Zeit in erhöhtem Maße Einfluß auf Lehrerausbildung zu nehmen, ist die Fortsetzung der Reihe von Maßnahmen wie sie im Berufsverbot und in Berufungsverweigerungen zum Audruck kommen. Der Senat will neuerdings gesellschaftskritische Inhalte über eine Prüfungsneuordnung für Staatsexamina untergraben. In dieser Neuordnung ist der Einfluss des Staates auf die erste Lehrerprüfung eindeutig zu erkennen.

Die Prüfungskommission für die erste Lehrerprüfung soll nach den Vorstellungen des Herrn Schulsenators Löffler und nach den letzten Verhandlungs"zugeständnisse" folgendermaßen aussehen:
von den vier Prüfern kann nur noch ein Dozent vom Prüfling frei gewählt werden, die anderen drei werden vom Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt bestimmt.

Ein zweiter Hochschullehrer wird nach sogenannten "pluralistischen" Kriterien ausgewählt, dazu kommt ein Lehrer aus der Praxis, den Vorsitz führt ein weiterer Staatsprüfer des WLPR.

Bei der wissenschaftlichen Hausarbeit für die erste Staatsprüfung will das WLPR sowohl das Thema bestimmen, wie das Zweitgutachten durchführen.

Zwar soll das Prüfungsrecht nach neusten Verhandlungen jetzt allen Hochschullehrern - entgegen dem bisher geplanten Bedarfsprinzip - erteilt werden, die Benennung zu jeder einzelnen Prüfung behält sich jedoch das WLPR vor.

"Wenn er (Herr Domdey), wenn er Literatur als Entwicklung von Aussagen im Klassenkampf sieht, dann wird das nicht, solange ich Schulsenator bin,Gegenstand von staatlichen Prüfungen für Lehrer sein, weil das nicht geht, weil das nicht innerhalb der Bandbreite der Berliner Rahmenpläne liegt." Diese Bandbreite bestimmt allerdings der politische Senat, der sich als Hüter und Wahrer der kapitalistischen Gesellschaftordnung und nur so betätigen kann. In dieses Horn tutet auch Wesel:"...Das bedeutet nicht, daß der Staat nicht Einfluß nehmen soll auf die Ausbildung seiner zukünftigen Lehrer. Die Universität hat sich darauf einzustellen, daß sie für den Staat ausbildet."

Diese Zitate machen uns ganz klar, daß durch den verstärkten Einfluß auf die Prüfungen die Lehrinhalte bestimmt werden sollen, mit dem Ziel, auch die Lehrer ihren Teil zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftordnung beitragen zu lassen. Das ist das Ziel der Löfflerschen "Laufbahnprüfung". Damit wird das "pluralistische" Wissenschaftsverständnis des Herrn Löffler von ihm selbst ad absurdum geführt. Er erweist sich parteilich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.
Was bedeuten diese Maßnahmen für den Studenten?

Der Prüfling sieht sich drei reaktionären Prüfern gegenüber, und die Prüfung wird somit zu einem politischem Preisrätsel, indem der Student seine Loyalität dem Staat gegenüber zu beweisen hat. Daraus bestimmt sich schließlich der Erfolg in der Prüfung. Daß dem so ist, zeigt Löffler am besten selbst:
Hinter diesen Löfflerschen Maßnahmen steht das Interesse des Kapitals keine Aufwendungen für Lehrer zu machen, die aufgrund ihrer gesellschaftkritischen Einstellung oder gar,weil sie die Notwendigkeit des Klassenkampfs erkannt haben, dann später doch nicht in den Schuldienst übernommen werden können. Das Kapital fürchtet, daß die Erzeihungspraxis von sozialistischen Lehrern die Verwertbarkeit der auszubildenden Ware Arbeitskraft mindert, indem sie die Adressaten des Unterrichts, die Hauptschüler als spätere Lohnabhängige nicht mehr bereitwillig und bedingungslos in den Produktionsprozeß einreihen lassen.

Löffler hat mit diesen Maßnahmen tendenziell einen Vorgriff auf das Hochschulrahmengesetz unternommen. Er ist damit in ein Wespennest getreten. Er rief auf diese Weise als erstes die Dozenten auf den Plan und nicht nur diejenigen, denen das Prüfungsrecht aberkannt werden sollte. Sie antworteten solidarisch mit der Androhung von Prüfungsboykott und der Solidarität mit den Interessen der Studenten.

Das war die Initialzündung für die Kampfmaßnahmen der Studenten. Der jetzt seit 14 Tagen andauernde Streik ist ein Ausdruck desse, daß die Studenten die Tragweite der Maßnahmen erkannten. Der Streik hat gezeigt, daß, wenn die Studenten in ihren ureigensten Interessen betroffen sind, es möglich ist, einen größeren Teil der Studenten zu politisieren.

ERSTE ERFOLGE DER STREIKBEWEGUNG

Auf der gemeinsamen Veranstaltung des 2.Bildungsweges wurden die Vertreter der "Aktionsgemeinschaft" KSV u.a. mit faschistischen Gewaltmethoden von Schlägern von Schlägern der AD - SEW daran gehindert ihre Alternativresolution zu verlesen. Es gab eine Massenkeilerei!

KPD/AO-Sympathisanten, die perspektivisch im Untergrund arbeiten wollen(militärisch geschulteHundertschaften) sich aber im Uebergrund darauf vorbereiten wollen,sollen sich Sonntag, II.oo Uhr mit entsprechend wetterfester Kleidung und Holzgewehr am Grunewaldsee einfinden. Angelschein nicht vergessen!

Impressum:Klaus Hemme
u.Kontakt/1 Berlin 21
Birkenstr.30

SPIELSTRASSE LEGIENDAMM

die spielstrassengruppe legiendamm ist aus der stadtteilgruppe hervorgegangen. da man an die erwachsenen in kreuzberg nicht herankam, wollte die stadtteilgruppe diese bei ihren aktuellesten bedürfnissen, den kindern ansprechen, kennenlernen und für unsere arbeit gewinnen die kinder stellten dabei nur das mittel zum zweck dar.
man die eltern kennenlernen, sie ansprechen und für unsere arbeit gewinnen. die kinder stellten stellten dabei nur das mittel zum zweck dar.

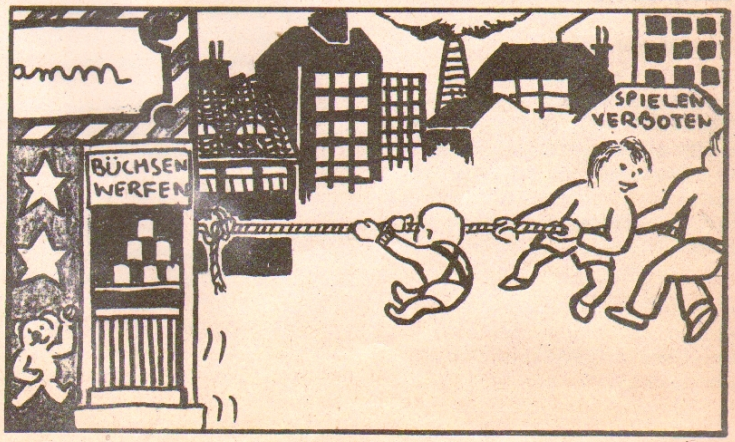
auf dem kinderfest am 1. juli dieses jahres klappte das vorhaben nicht und man überlegte sich deshalb, daß man den leuten etwas mehr bieten müßte, fing also mit dem bau der spielstrasse an und hoffte weiter auf die eltern. zwischendurch wurden auch noch hausbesuche gemacht, die aber auch nicht viel einbrachten.
die arbeit auf der spielstrasse zog sich ohne wesentliche elternkontakte über zwei monate hin, es erschienen immer weniger leute zur weiterarbeit, als wir uns einigten, bei der spielstrasse nicht mehr den schwerpunkt auf die erwachsenenarbeit zu legen, sondern auf die kinderarbeit, um die wir uns nie richtig bemüht hatten. wir hofften, durch längerfristige und kontinuierliche arbeit die eltern ansprechbarer zu machen, es wurde deshalb die jetzige spielstrassengruppe ins leben gerufen.

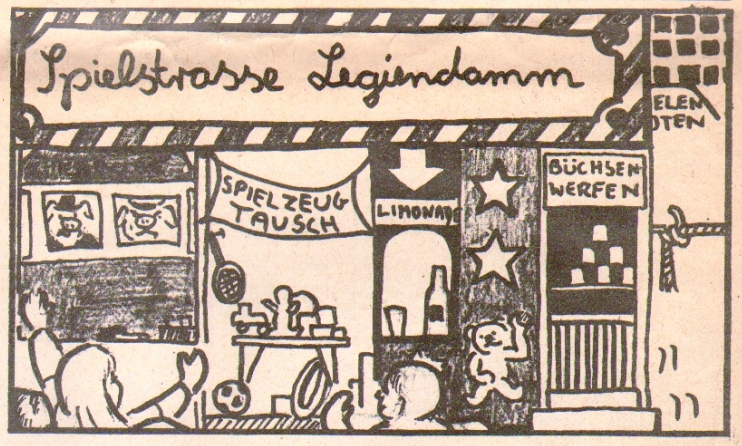
wir haben auf dem platz dreimal in der woche gebaut, versucht die kinder in das bauen einzuspannen und sie dabei kennenzulernen, was auch klappte. beim adressensammeln für die elternbesuche stellten wir fest, daß meist nur kinder aus dem stadthaus auf dem platz vertreten waren. im stadthaus arbeiten aber bereits zwei gruppen und deshalb ist es nicht zweckmäßig, daß noch eine dritte gruppe mit den gleichen kindern arbeitet, deshalb wollen wir den platz an die beiden gruppen abgeben. weiterhin haben wir festgestellt, daß ein spielplatz nur gehalten werden kann, wenn dort eine gruppe im zusammenhang mit räumen arbeitet, weil dann auch ausweichmöglichkeiten vorhanden sind, z.b. bei schlechtem wetter usw.
unserer meinung nach ist es auch besser, wenn man mit kindern ganztags in räumen arbeitet, weil man das bedürfnis der eltern besser befriedigt, als wenn man nur ein paar nachmittage mit den kindern so lose auf dem spielplatz arbeitet. auf einen kinderladen hin sind die eltern leichter ansprechbar. deswegen wollen wir auch nach bethanien gehen.
wir hoffen den platz in 2 - 4 wochen abgeben zu können, wenn das nicht klappt, wollen wir das nötigste noch fertig machen, den kindern erklären, warum wir abhauen und noch ein abschließendes fest machen.

Konzept neue Kindergruppe
Spielstrasse/Bethanien

...UND SO MACHEN WIR WEITER:

wir wollen eine neue kindergruppe aufbauen. die kinder und eltern sollen möglichst nur aus dem wohnblock waldemar/adalbert/leuschnerdamm sein. zuerst wollen wir die kinder und eltern ansprechen, die zuviel sind bei kreuzberg-nord und bei eulenspiegel/kette. von denen aus und sonst sowieso auch werden wir durch hausbesuche mehr kinder und eltern ansprechen. für die ersten hausbesuche machen wir eine zeitung, in der wir von anderen gruppen aus dem sonderprogramm und von unserer arbeit in kreuzberg berichten. samstagsausflüge und elternabende werden unsere ersten treffpunkte sein. neben der kinderarbeit gleichwichtig wird die elternarbeit sein, mit dem ziel solidarische kampf um räume (betanien) geld und alles, was sonst noch anfällt. wir verstehn uns als untergruppe der stadtteilgruppe kreuzberg und wollen, daß sich auch die meisten anderen kindergruppen wie kreuzberg/nord, florian und eulenspiegel/kette als solche verstehen und einbauen.
wir nehmen kinder von zwei bis vierzehn jahren, alle arten kinder aus unserem block, d.h. sowohl von kinderreichen wie von familien mit einzelkind, wo beide arbeiten, wie auch von deutschsprechenden ausländerfamilien. wir werden in zwei schichten arbeiten: von sieben bis zwölf und von zwölf bis siebzehn uhr, und in altersgruppen: von 2 bis 6, von 6 bis 9 und von 9 bis 14 jahren.
zunächst wird unsere arbeit durch den abschluss spielstrasse legiendamm aufgehalten werden.

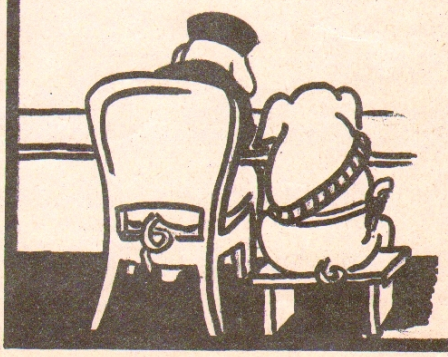




Geringste Solidarität mit dem Genossen Mahler und ‚den Sechs' heisst: MAL ZUM PROZESS GEHEN!

Prozesstage für Horst: jeden Mo, Mi, Fr, - 9 Uhr
" für, die Sechs': " Di. und Do. "

Moabit, Turmstr. Raum 700



Wegen ich 6 anhaudige Gebot verkaufe ich 20,000 Tschins, Jagdgewehre, Jagdkarabiner, Revolver, Bull-Doggwerfer, Polizeiknüppel, Schienriemer, Balletfortziehen und viele andere interessante Sachen für Herren und Damen. Jeder mache mir sein Gebot! Wer nicht bieten will, dem mache ich auf Wunsch den billigsten Ausverkaufspreis. Preisliste mit 200 Bildern sende ich gratis und franko!
Hippolit Mehles
Berlin W., Friedrichstr. 159.

NACHRICHTEN

Nachrichten sind wichtig, weil man dann besser Bescheid weiß usw. Die Nachrichten hier sind umformulierte Meldungen aus linken, aber überwiegend aus bürgerlichen Zeitungen. Wir können keine Garantie dafür übernehmen, daß alles richtig ist, was da steht, weil Bürger halt viel lügen. Wir hoffen, daß wir im Laufe der Zeit nicht mehr so sehr auf die bestehenden ordentlichen Publikationen angewiesen sind, sondern von Euch Informationen bekommen werden.

WIDERSTAND

Für den am Freitag den 24.11. verübten Brandanschlag auf das Amtsgericht Charlottenburg (Sitz der Bundesstaatsanwaltschaft) hat die ORGANISATION ROTER OKTOBER -Westberlin in seinem Flugblatt die Verantwortung übernommen:" Das war unsere Grussadresse an die revolutionären Genossen im Knast, die den Kampf noch lange nicht aufgegeben haben. Dieser Akt war erst ein Anfang des Kampfes, dessen Hauptseite der Stadtguerillakampf ist."

In der Nacht zum Donnerstag den 23.November wurde in der Bundesanstalt für Angestellte (BfA) von Unbekannten die Bandsteuerung einer Computeranlage zerstört. Der Schaden beträgt ca. 1oo ooo DM.

Im Fiat-Hauptwerk Mirafiori setzten ca. 2oo Arbeiter eine Gruppe von 22 Belgiern, die das Werk besichtigten, als Geiseln fest. Sie forderten die Bezahlung ausgefallener Arbeitsstunden, die durch Unterbrechung der Fliessbandarbeit entstanden waren. Das Fliessband stand still, da eine Abteilung des Fiat-Werkes sich im wilden Streik befand, um sich gegen die geringe Streikbeteiligung des Vortags zu protestieren.

25 Sioux-Indianer besetzten das historische Fort Robinson in Crawford(Nebraska), um ein ehemaliges Stammesgebiet von 13o Hektar bzw. 4,3 Millionen Dollar zurückzufordern.

Um Indianern bei der Emanzipation behilflich zu sein, ist in den USA eine Ruhmeshalle für sportlich-erfolgreiche Indianerathleten errichtet worden.

Im Gefängnis Gartree in Leicestershire(England) verbarrikadierten sich während einer Revolte am Sonntag den 26.11. in einem Flügel des Baus 8o Insassen. Während des vorausgegangenen Massenausbruchsversuchs konnten 13 Gefangene entkommen.

Seit dem 26.11.
Seit dem 26.11. befinden sich 55o Häftlinge im "Regina Coeli" Knast in Rom im Hungerstreik , um damit gegen die langsame Verfahrensweise gegen Untersuchungshäftlinge zu protestieren.

Ebenfalls im Hungerstreik befinden sich 8o Gefangene seit Mittwoch den 29.11. in der norditalienischen Stadt Reggio Emilia, um damit die Reformen des Gefängnissystems und Staatsgesetzgebung voranzutreiben.

Hungerstreik auch von 138o Gefangenen des Muguelete-Knasts in Montevideo(Uruguay), um gegen den unmenschlichen Strafvollzug zu demonstrieren.

Auf dem USA-Marinestützpunkt auf den Midwa-Inseln kam es zu einer Massenauseinandersetzung zwischen farbigen und weissen Marinesoldaten.

RAF -UND SPK -PROZESSE

Am 25.11. Prozessbeginn gegen die Genossen Brigitte Asdonk, Jürgen Becker, Monika Berberich, Eric Grusdat, Irene Goergens, Ingrid Schubert. Aus der Haltung der Genossen ist zu ersehen, dass sie die Justizkommödie nicht sehr ernst nehmen.

Bullen müssen den Saal wegen Waffenbesitzes räumen. Das Waffenverbot wurde am Freitag den 1.12. wieder aufgehoben. "Unabhängige Justiz" und Exekutive setzen sich ins rechte Licht.

Beweiskraft Ruhlandscher Aussage wird durch Zeugenaussagen seiner ehemaligen Mithäftlinge erschüttert, Ruhland habe gesagt, der Genosse Mahler sei bei Berliner Banküberfällen nicht beteiligt gewesen.

Der Vorsitzende Paul Jehricke ist endgültig weggeflippt. Stattdessen leitet jetzt Zelle die Laienspielgruppe an.

Im Prozess gegen die Genossin Margrit Schiller hat sich die Zugehörigkeit zur RAF nicht beweisen lassen.

Im SPK-Prozess kommt die Staatsanwaltschaft auch nicht so recht voran, da sechs der neun Angeklagten sich weigerten, vor Gericht zu erscheinen. Die Genossen Huber und Huber sowie der Genosse Hausner stimmten den Singsang an:"Sonderrichter Gohl kocht den Nazikohl". Seitdem findet der Prozess ohne Angeklagte aber mit drei Pflichtverteidigern statt.

BEWAFFNETER KAMPF

Angeblich haben in Kolumbien die drei grössten Guerilla-Organisationen(Volksbefreiungsarmee, Kolumbianische Revolutionsarmee und Nationale Befreiungsarmee) ihre ideologischen Differenzen zurückgestellt, um enger zusammen zu kämpfen.

Die Befreiungsfront im portugiesisch besetzten Mozambik FRELIMO, griff am 9.11. die Provinzhauptstadt Tete an, wobei sie mehrere Gebäude, ca. 3o Flugzeuge und viele portugiesische Soldaten töteten bzw. zerstörten.

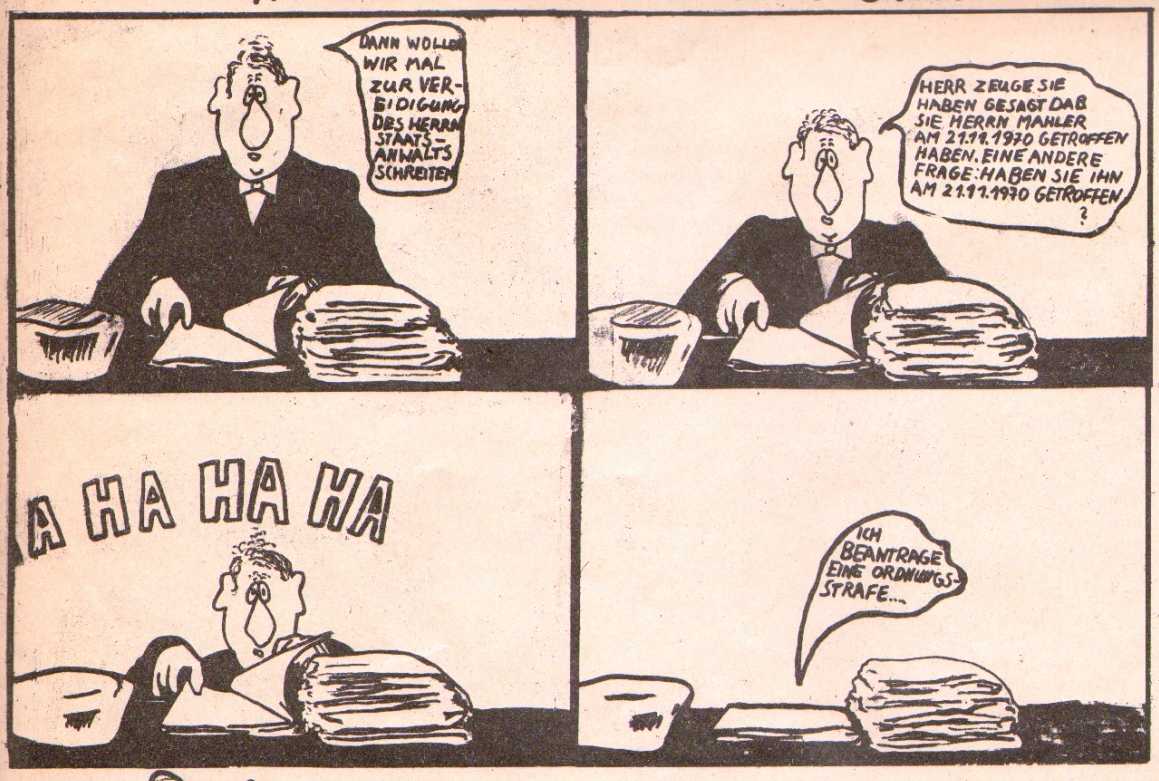
Portugal lehnte am Donnerstag den 23.11. die Resolution des UN-Weltsicherheitsrates ab, in der aufgefordert wird, portugiesischen Kolonien in Afrika die "Unabhängigkeit" zu geben.

NORD-IRLAND

IRA-Stabschef Jean Mac Stiofain zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, befindet sich im Hungerstreik.
26.11. : Versuch, Mac Stiofain gewaltsam aus dem Krankenhaus zu befreien, gescheitert. Anschliessende militante Demonstration.

Zum ersten Mal setzte die IRA Raketenwaffen gegen britische Terroristen ein.

Advent, Advent ein Lichtlein brennt



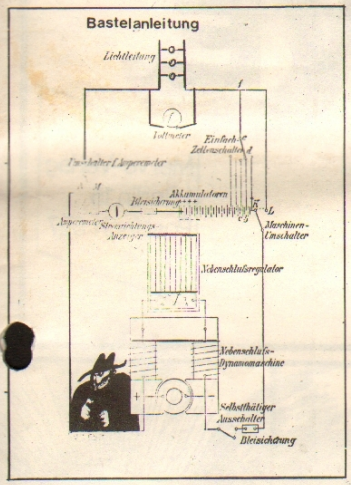
Ein Richter mußte leider passen
bald kommen auch die Massen

1.12. : Unter dem Eindruck von Terroranschlägen der rechten "Ulster Defence Association"vor einem Gewerkschaftslokal und in einer Autobusfahrerkantine in Dublin,wurde das neue Anti-IRA Gesetz angenommen.Nunmehr reicht die Beschuldigung durch einen Bullenoberen aus,um die Mitgliedschaft bei der IRA zu beweisen.Kann der Angeklagte seine Unschuld nicht beweisen,wird er verknackt.

VERFAHREN

SIEMENS unter Führung von Abs beantragt gegen F.C.Delius und den Wagenbach Verlag eine einstweilige Verfügung.Sie sollen in dem Buch "Unsere Siemens-Welt" nicht mehr sagen dürfen,dass SIEMENS Atombomben herstellen könne und dazu auch bereit sei.

Vor dem Bau von Atombomben in Heimarbeit durch Bastler hat der Leiter des Zentrums für Technologie und wissenschaftliche Forschung an der Uni von Virginia(USA) gewarnt.Primitive Atombomben seien bereits mit entsprechender Kenntnis und geringer Menge spaltbaren Materials herstellbar.



Fidel Castro soll angeblich gegenüber den Piloten der entführten Southern Airways Maschine gesagt haben,dass die drei Farbigen zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt werden. Ferner gab er die erlangte Lösegeldsumme von 2 Millionen Dollar zurück.Darüberhinaus sollen Verhandlungen über die Auslieferung von Hijackern zwischen Cuba und USA stattgefunden haben.

Ohne Verfahren sitzt Guiseppe Devola seit 16 Jahren in Sizilien ein.Er war kurz nach seiner Anklage auf Mordversuch in eine Nervenheilanstalt überwiesen worden.Seitdem ruhen die Akten.

ARBEIT

Mindestens 11% Lohnerhöhung fordert die IG Metall für die nächste Metall-Tarif-Runde.

Ab 1.Dezember für die Arbeiter und ab 15.12. für die Angestellten gibt es beim Düsseldorfer Werk der Gute-Hoff-nungshütte Sterkrade AG (Oberhausen) nur noch Kurzarbeit. Davon sind 186 Ausgebeutete betroffen.Die Dauer der Kurzarbeit steht noch nicht fest.

Der Generalstreik in Italien steht kurz bevor.Schon jetzt finden in den verschiedenen Teilbereichen Arbeitsniederlegungen statt.So legten 2oo ooo Arbeiter aus Solidarität mit Streikenden in Tarent - die gegen zunehmende Entlassungen protestierten - die Arbeit nieder.(Mehr können wir aus Italien nicht melden,da der übersetzende Genosse geschlampt hat)

Wegen bevorstehender Gehaltsneuberechnung streikten von Donnerstag bis Montag die Beamten der Europakommission in Brüssel,Luxemburg und den Euratom-Forschungszentren.

BOLIVIEN.Angeblich aus Protest gegen die Abwertung des Pesos um 39,4% rief die Textilarbeitergewerkschaft für den 23.11. einen eintägigen Warnstreik aus.Daraufhin wurden Mitglieder der Gewerkschaften verhaftet und der Ausnahmezustand verhängt.Wegen der laufenden Verhaftungswelle und Umstellung der Textilfabriken durch Militär,schlossen sich die Arbeiter in den Fabriken ein.Mit ihnen solidarisierten sich Bergleute und Angestellte verschiedener Berufszweige. Die Ehefrauen der gefangenen Arbeiter drohten mit Hungerstreik.Die Bankangestellten schlossen sich dem Streik der Textilarbeiter an.Am Sonnabend den 25.11. wurde der Streik beendet,da die Regierung Banzer sich bereit erklärte,die Gefangenen frei zu lassen.

LIBERALISIERUNG

In Dänemark ist jetzt für alle Altersgruppen die Abtreibung legalisiert worden.Auch Minderjährige benötigen nicht mehr die Einwilligung der Erziehungsberechtigten.

GELD

Die Parteien der BRD erhalten aufgrund ihres grossartigen Einsatzes bei den letzten Wahlen 1oo Millionen DM. (SPD 47,7 Mill.,CDU 36,5 Mill. FDP 8,7 Mill.,NPD 621 ooo DM. Die anderen bekommen nichts, da sie weniger als o,5% der Stimmen erhielten).Aber Hauptsache dabeigewesen.

Die BRD will Griechenland keine "Kapitalhilfe" geben,da es dort keine parlamentarisch - demokratischen Zustände geben soll.(Eppler)

Für Griechenland wurde das vierte bestellte U-Boot auf der Kieler Howaldtswerft fertiggestellt.Ferner sollen je zwei U-Boote an Peru,Kolumbien und Argentinien geliefert werden.

Die "Dresdner Bank" und "Deutsche Bank" gibt es demnächst auch in Moskau.Dort kann man jetzt auch Pepsi-Cola trinken.

Allende will die Kupfervorräte Chiles für einen 5oo-Millionen-Dollar-Kredit an Moskau verpfänden.

Lord panschte Milch

London (dpa). Der 72jährige Lord Moulbatten, ein Onkel der britischen Königin, mußte wegen Milchpanscherei 40 Pfund Strafe und 20 Pfund Gerichtskosten (insgesamt 500 DM) zahlen. Ein Gericht in der südenglischen Grafschaft Hampshire verkündete das Urteil gegen ihn und seinen Enkel, Norton Knatchbull, nachdem Regierungsinspektoren bei Milchproben auf dem Gut Mountbattens zweimal Wasserzusätze von drei und vier Prozent festgestellt hatten.

NEHMEN WIR WAS UNS GEHÖRT AUCH WENN ES MOSCH UND ANDERE STÖRT

Altbaumieten - d.h. Mieten für Wohngebäude,die vor dem 24.Juni 1948 bezugsfertig waren - steigen ab 1.Januar 73 in Berlin um 15 % an.

BEISPIEL: MIETHAUS BERLIN - SCH+NEBERG, AKAZIENSTRASSE 22

Baujahr: 1900 Grundstücksgrösse:989 qm

Jährliche Mieteinnahmen:		DM 52 ooo,--
Grundsteuer	2 748,--	
Strassenreinigung u.Müll	1 5oo,--	
Wasser	1 6oo,--	
Licht	2o4,--	
Schornsteinfeger	6oo,--	
Versicherungen	55o,--	
Hauswart	1 62o,--	DM 8 822,-- (17%!!)
Jährlicher Ueberschuss ohne Reperaturen		DM 43 178,--
Reperaturrücklagen (20% der Miete)		DM 1o 4oo,--
REINGEWINN		DM 32 778,-- (63%!!)

Dieses Haus ist zu verkaufen. Es kostet 396 ooo,--DM. Das heisst:

ALLE 12 JAHRE WIRD DAS HAUS VON DEN MIETERN NEU BEZAHLT !

... und das schon seit 72 Jahren ...

Aus der "Kreuzberger Stadtteilzeitung" Nr.9,Nov.72

REPRESSION

30.11. :Da der Mechaniker Fritz Didwiller unter dem Verdacht stand, Automateneinbrüche begangen zu haben, wurde er auf der Flucht erschossen. Didwiller war unbewaffnet, wurde aber von Bullen erschossen, weil er eine 40 cm lange Rohrzange, die in der Nacht wie ein Granatwerfer aussieht, in der Hand hatte. Dem Begleiter Didwillers wurde nachdem er seinen Revolver weggeworfen hatte, in die linke Hand und den Unterschenkel geschossen.

Ab Frühjahr werden vom Bundesgrenzschutz die "Anti-Terroristen eingesetzt(77 Superkiller) Unter ihnen sind 57 Scharfschützen und sechs Hubschrauberpiloten. Zur Verfügung stehen 6 nachtflugtaugliche Hubschrauber, 5 Mercedes 280, 5 Mercedes 350. Waffen: Gewehre "Mauser 2000" und "Mauser 66". Ferner: fahrbare Fernsprecheinrichtung, Sprechfunk Fernschreiber und Bildfunkgeräte.

Zwei Sondertrupps der Bullen in Hessen bekamen für "Terroristenbekämpfung" vom Landtag 2,1 Mill.DM bereitgestellt.

Der Bundesrat stimmte der neuen Gesetzesvorlage zur Kompetenzerweiterung des Bundeskriminalamtes(BKA)(Zentralisierung der Befugnisse) zu.

Seit dem 13.11. können die Flughäfen Frankfurt, Düsseldorf und Köln/Bonn, das Landeskriminalamt Saarbrücken sowie die "Sicherungsgruppe" Bonn über Direktleitung bei Personenfahndung Auskunft über den Zentralcomputer abrufen.

Der ehemalige Bundestagsvizepräsident Jaeger(CSU) erklärte auf einer Rede in Fürstenfeldbruck, dass nur die Wiedereinführung der Todesstrafe ein wirksames Mittel gegen arabische Terroristen sei.

Sprengstoffbriefe erhielten die Araber Adnan Hammad (Erlangen) und Amad Anwadalla (Kopenhagen). Adnan, angeblich Mitglied der GUPS wurden die Finger der rechten Hand abgerissen.

Der Polizei ist Ihr Abschuß 800 Mark wert.

Coupon

Vor- und Zuname: _____ Alter: _____

Anschrift: _____

☐ Persönliche Fragen besprechen Sie bitte direkt mit unseren Beratern. Ihre Telefon-Nr.: _____

☐ Bitte senden Sie mir zunächst Informationsmaterial.

☐ Hiermit bewerbe ich mich verbindlich mit Lebenslauf.

Kommando der Schutzpolizei, Abt. SS I 214
1 Berlin 42, Tempelhofer Damm 1-7

Der Ausnahmezustand in Uruguay der im Frühjahr dieses Jahres verhängt wurde, um angeblich die Tupamaros besser bekämpfen zu können, wird zunächst bis zum 15.Febr.73 aufrechterhalten. Seit April wurden mindestens 2000 Personen wegen angeblicher Zugehörigkeit zu den Tupas verhaftet.

In der Türkei sind sämtliche Studentenorganisationen verboten worden. In Zukunft darf darf sich an jeder Hochschule bzw. Fakultät nur noch eine Studentenorganisation gründen, sich jedoch nicht politisch betätigen.

Nach Meinung des franz.Theologieprofessors Georg Casalis steht Argentinien kurz vor einer Revolution. Folterungen und Erpressungen durch das Militärregieme seien tagtagliche Ereignisse.

SONST

In Frankreich hat sich seit dem 1.12. die rechte "Linke" in der Volksfront zusammengeschlossen (KPF, Sozialisten, Linksliberale) um gemeinsam mit der Rechten gegen die revolutionäre Bewegung in Frankreich vorgehen zu können. In ihrem Programm: scharfe Abgrenzung gegen die militante Bewegung.

Der Pate

Keine historische Entwicklung der italienischen Mafia in Amerika, sprich New York, auch keine emanzipierten Frauen, sondern das Patriachat wird uns 3 Stunden vorgeführt

ABER:

ein Gangsterboss, der sich gegen Heroinhandel ausspricht, weil ihm der zu menschenfeindlich ist. Ein Gangsterboss, der Abhängigkeiten schafft und ausnutzt und damit eine Privatmafia gegen die Staatsmafia organisiert und ansonsten auf jüdische Abgeordnete verweist.

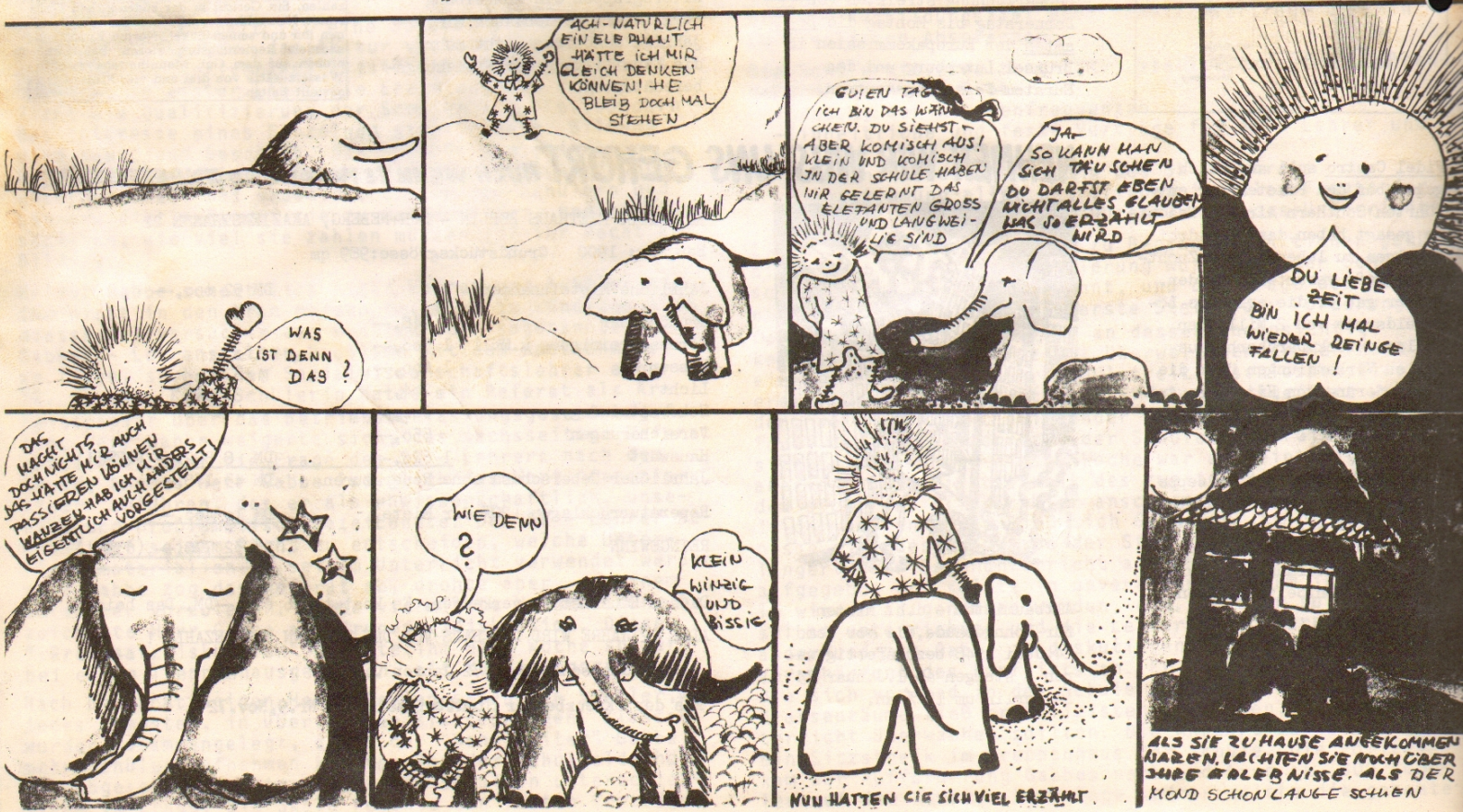
- die italienische Konsumästhetik
- die Gangsterideologie
- die Notwendigkeit des Erbes
- die Macht der Sippe
- die Macht des Blutes
- die Macht
- die Macht eines Familienromans

Empfehlung: immer
-TV DDR jeden Montag 20 Uhr
-Marx-Brothers
-Quemada

MERVE

Internationale

Marxistische Diskussion

Arbeitspapiere

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327